



Nr. 331 Nr. 1/2014 Preis: Euro 4,50

ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine

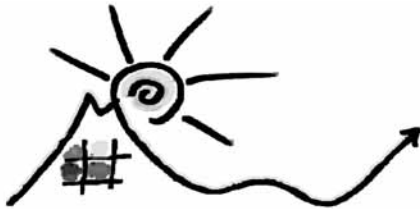
Bäuerliche Zukunft

DIE ZUKUNFT DER BIOLOGISCHEN LANDWIRTSCHAFT

Wie können wir die landwirtschaftliche
Entwicklung mitgestalten?

Wird Bio konventionell?

Zukunft in Säckchen



Liebe Leserinnen,
liebe Leser!

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzschanerstraße
15/3/1, 1090 Wien

Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33

E-Mail: baeuerliche.zukunft@chello.at

Homepage: www.viacampesina.at

Redaktion: Monika Gruber, DI Irmi Salzer,
Eva Schinnerl



Gestaltung & Layout: Eva Geber

Zeichnungen: MUCH Unterleitner

Titelfoto: Michaela Reisenbauer

Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großerebersdorf

Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria

(ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und
Kleinbäuer_innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix
(Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, Monika Kleinschuster, Florian
Walter

Geschäftsleitung: Ludwig Rumetshofer

Sekretariat: Christian Hoffmann

Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE
ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via
Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und
Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern
und Bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will
über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lö-
sung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerin-
nen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und ande-
ren gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen
unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn aus-
gerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die
offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge ge-
ben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion
und der Herausgeber wieder.

Einzelpreis: Euro 4,50

Jahresabonnement: INLAND Euro 25,-

AUSLAND Euro 29,-

Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111,
Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529
BIC GIBAATWW

ÖBV-Mitgliedsbeitrag:

Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):

Euro 32,- + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in
einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.

Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 32,-.
Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC wei-
tergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonne-
ment von BÄUERLICHE ZUKUNFT.

Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via
Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-Mail: office@eurovia.org; www.eurovia.org

ISSN 1019-5130

37. JAHRGANG (2014)

Die biologische Landwirtschaft liegt uns am Herzen, wie auch den SchreiberInnen der
Artikel in dieser Ausgabe, das haben wir bei unserer Arbeit an den Texten gespürt. Ge-
rade deshalb hat es uns emotional ganz schön „durchgebeutelt“ – von ohnmächtiger Wut
über ein tiefes Erschrecken bis hin zu hoffnungsvollem Staunen und großem Respekt
über so viel beherzte, effiziente und mutige Initiativen war alles drin.

Lesen Sie selbst und freuen Sie sich mit uns auf eine gemeinsame, biologische, gute
Zukunft.

Das Thema der nächsten Ausgabe mit dem Redaktionsschluss 30. März ist: Ideologien
rund um die Landwirtschaft.

Voll Zukunftsfreude auf ... den Frühling grüßen

Eva, Irmi und Monika aus der Redaktion



Das Engerl freut sich wie
eine Schneekönigin, dass die
beiden Regierungsparteien endlich erkannt
haben dürften, wie wichtig die Bergland-
wirtschaft für den ländlichen Raum ist. Im
Regierungsübereinkommen ist festgehal-
ten, dass Bergbauernbetriebe der Zonen 3
und 4 besonders unterstützt werden müs-
sen, um die Bewirtschaftungerschwernisse
ein wenig abzufedern. Die kürzlich vor-
gestellte Neugestaltung der Ausgleichszu-
lage ist dementsprechend ausgelegt – ein
wichtiger Schritt, der zur Aufrechterhal-
tung der Bewirtschaftung beitragen könn-
te. Allerdings regen sich bereits Stimmen,
die gar nicht einsehen wollen, warum sie
ein Stück vom Kuchen in die extremen
Bergbauernlagen abtreten sollen. Es bleibt
zu hoffen, dass sich Minister Ruppreecher
an sein Bekenntnis zur Berglandwirtschaft
auch dann noch erinnert, wenn sich die
Vertreter des Status quo mit all ihren Kräf-
ten für den Stillstand einsetzen.



Das Teufel
geht diesmal
an die Gen-
technikbefür-
worter in der EU-
Kommission. Trotz der Ablehnung seitens
19(!) EU-Mitgliedsländern dürften sie sich
nicht davon abhalten lassen, die erste Neu-
zulassung von gentechnisch manipulier-
tem Mais seit 15 Jahren auszusprechen.
Der EU-Gesundheitskommissar Tonio
Borg meint, dass der vom Agrochemie-
konzern Pioneer entwickelte Mais 1507
unbedenklich sei, weil die EFSA, die eu-
ropäische Behörde für Lebensmittelsicher-
heit, sechs positive Gutachten erstellt hat.
Dass die EFSA aber von Gentechniklob-
bies beeinflusst wird, pfeifen die Spatzen
von den Dächern. Und den Zuständigen
in der Kommission ist anscheinend egal,
was die Mehrheit der BürgerInnen, der
BäuerInnen und auch der EU-Parlamenta-
rierInnen wollen.

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst
und Kultur.



KOMMENTAR

VON MONIKA KLEINSCHUSTER



Hat die biologische Landwirtschaft eine Zukunft?

Ja – ich würde mal sagen – ja – definitiv ja! Die Frage ist nur: welche? Bio boomt – vor allem in den Städten, seit sich die Supermärkte bio sozusagen unter den Nagel gerissen haben und immer und überall bio erhältlich ist.

Möglichkeiten der biologischen Landwirtschaft gibt es mehr als genug – vom kleinen Familienbetrieb mit Kreislaufwirtschaft bis zum (fast schon) industriellen Betrieb mit oft billigen Arbeitskräften und vielen hundert Hektar reinem Ackerbau – oder bio-intensiv Tierhaltung mit klassischem Schlachtzeremoniell. Dazwischen gibt es viele verschiedene Betriebsformen. Bio-Obst und -Gemüse aus den verschiedensten Teilen der Welt – eingeflogen, verschifft, mit Lkw durch ganz Europa gekarrt – ist auch bio ...

Bio kann konventionell sein mit ein bisschen weniger Gift. Bio ist auch „so gut wie bio“ oder „öko“ oder „naturrein“ ... es gibt noch genug andere, verwirrende Bezeichnungen. Die Frage ist, worin besteht der wahre Unterschied zwischen bio und konventionell? Der Preisdruck, Konkurrenzkampf und die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit haben meiner Meinung nach die Grundidee der biologischen Landwirtschaft verwässert, immer mehr aufgeweicht und angeglichen.

Ist biologische Landwirtschaft eine Lebenseinstellung oder reine Geschäftssache? Sicher sowohl als auch, trotzdem war ich etwas geschockt, als ich bei einem sogenannten Biobetrieb zum Kaffee die wirklich graulichste, billigste Milch bekommen habe – bio verkaufen, aber nicht leben? Mittlerweile trinke ich den Kaffee schwarz.



Für mich ist biologische Landwirtschaft ein Kreislauf, der klassische Fall von Miteinander:

Ich mit den Schafen, die Schafe mit der Weide, der Schafmist mit dem Komposthaufen und den Hühnern, der Kompost mit den Gemüsebeeten und Obstbäumen und Beeresträuchern, die Bienen und Insekten mit den Blüten, die Vögel mit den Schädlingen, die Mäuse mit dem Getreide, die Katzen mit den Mäusen, das Unkraut mit mir oder als Wildgemüse in der Suppe, das Gemüse und die Kräuter mit dem Erntekorb, der Korb mit dem Selbstbedienungstand, das Geld vom Stand mit Hühnerfutter, die Eier mit den KundInnen, Obst und Kräuter mit mir in der Küche mit Kräutersalz und Marmelade, die Äpfel mit den Schulkindern, ... und ich mittendrin – natürlich alles biologisch.

Ich weiß, ich bin auch nach vielen Jahren noch immer eine Visionärin und Träumerin – aber solange es ein Miteinander meiner Liebe zur Natur, der Freude an der Arbeit am Hof und im Garten und den Rechnungen, die zu zahlen sind, gibt, sehe ich keinen Grund, meine Ideen und Visionen aufzugeben.

*Monika Kleinschuster
Vorstandsmitglied der ÖBV und Biobäuerin
im Südburgenland*

INHALTSVERZEICHNIS

Josef Stockinger	
DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFT	4
Monika Thuswald	
ZUWACHS BEI DER ÖBV-BILDUNGSARBEIT	5
David Jelinek	
EIN PLÄDOYER FÜR MEHR ALS NUR BIO	6
Michaela Reisenbauer	
AUF – IN EINE VERTRAUENSVOLLE ZUKUNFT	7
Andrea Nennung	
PERSPEKTIVEN DER BIOLOGISCHEN LANDWIRTSCHAFT	8
ÖBV-Info/Veranstaltungen I	9
Christian Vogl	
BIOSZENE FEIERT IM JAHR 2024 ERSTMALS WIEDER ZUWÄCHSE	10
ÖBV-Exkursion in die Steiermark	11
Katharina Stögermayr	
AUFTAKTVERANSTALTUNG NETZWERK BIO	12
Andreas Höritzauer	
WIE KÖNNEN WIR DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG MITGESTALTEN?	13
Michael Groier	
WIRD BIO KONVENTIONELL?	14
KURZ UND BÜNDIG	16
Philipp Lammer	
ZUKUNFT IN SÄCKCHEN	18
PARLAMENTARISCHE BÜRGERINITIATIVE	21
Monika Thuswald	
FOODLINKS – WISSEN & AUSTAUSCH FÜR NACHHALTIGE LEBENSMITTELSYSTEME	22
Stefan Lemmerer, Magdalena Aigner und Friedrich Leitgeb	
BÄUERLICHER WIDERSTAND IN MEXIKO	24
Monika Gruber	
GLOSSE	26
KONTAKTADRESSEN/ABO-WERBUNG	27
ÖBV-Info/Veranstaltungen II	28

DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFT

2040 wird es nur noch eine biologische Landwirtschaft geben. Diese dafür vielfältig. Vielfältig in der Zusammenarbeit mit der Natur, vielfältig in der Erzeugung der Lebensmittel, vielfältig in den bäuerlichen Betriebsformen. Eine persönliche Vision.

VON JOSEF STOCKINGER



Fotos: Josef Stockinger

Alle sind sich einig: Es geht nur ökologisch. Der agroindustrielle Traum ist geplatzt. Pestizide und Fungizide werden an Landwirtinnen und Landwirte nur ausnahmsweise, nur auf Rezept und streng kontrolliert abgegeben. Den Bäuerinnen und Bauern und den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern macht die landwirtschaftliche Arbeit wieder Freude. Der Verdrängungs- und Produktionssteigerungswahn ist geplatzt. Wir arbeiten wieder für aller – auch für unser – Wohl. Der Boden, die Tiere, die Pflanzen, die Bäume, die Luft wenden sich wieder uns zu, und ihr Seufzen über die jahrelange Ausbeutung verklingt. Die Konsumentinnen und Konsumenten haben auch wieder Vertrauen in die Landwirtschaft gefasst. Der Lebensmittelskandalberichterstattung ist der Stoff ausgegangen. Hie und da ein Skandalchen. Schwarze Schafe gibt es auch 2040 noch. Für die großen Lebensmittelskandale fehlen schlechthin die Strukturen. Die kleinen und mittelgroßen Betriebe mit

ihren regional begrenzten Vermarktungsgemeinschaften haben gar nicht mehr die Möglichkeit zu großen Lebensmittelskandalen. Bleibt noch die Gentechnologie. Ihre Stunde wird noch kommen. Sie wird sich aus den Fängen der Agrarkonzerne befreien und wieder das werden, was sie einmal war: ein Fach der Naturwissenschaften im Dienste der Natur, der Pflanzen, der Tiere und der Menschen. Gemacht wird, was gut

für alle ist und nicht, was gut für einige Geldgierige ist.

Es schlägt die Stunde für Klein- und Mittelbetriebe

Die europäische Landwirtschaftsreform 2020 war einschneidend. Sie brachte nicht nur die konventionelle Landwirtschaft mit einem Herbizid- und Pestizidverbot zu Fall, sie belegte auch die Einfuhr von konventionell produzierten Futter- und Lebensmitteln mit horrenden Strafzöllen. Die Bioförderung und die Ausgleichszahlungen wurden abgeschafft, dafür garantiert die europäische Regierung faire Lebensmittelpreise über den Erzeugerkosten. Die europäische Regierung verabschiedete sich von der freien Marktwirtschaft. Sie zog Obergrenzen für landwirtschaftliche Betriebsgrößen ein. Demnach darf kein Betrieb größer als 300 Hektar sein. Ausgenommen davon sind Kooperativen nach dem Grundsatz: Je mehr Menschen in einem landwirtschaftlichen Be-

trieb ihren Lebensunterhalt verdienen, desto größer darf er sein. Die Gesetze über den Transport von Lebensmitteln, Futtermitteln und Tieren brachen der Agroindustrie endgültig das Genick. Die Klein- und Mittelbetriebe nutzten die Gunst der Stunde und taten, was sie bisher immer taten: Sie erzeugten gute Lebensmittel, die sie zu einem guten Preis verkaufen konnten. Auch an der Landwirtschaftskammer ging der neue Wind nicht vorbei. Sie änderte ihr Beratungskonzept – wie sie es schon oft geändert hatte – und motivierte eine Schafbäuerin und einen Schafbauern mit zehn Mutterschafen zum Weitermachen, half ihnen bei Investitionsförderungen und empfahl ihnen, an die regionale Vermarktungsgemeinschaft „Schaf“ zu liefern. Zudem wurde ihnen jegliche Unterstützung zugesagt.

Ausnahmslos ökologisch

Im Nachhinein wissen wir nicht mehr genau, wie aus dem Europaparlament und der europäischen Kommission so schnell eine europäische Regierung wurde, und wie sich das neue europäische Landwirtschaftsministerium so souverän aus dem Einfluss der Agrarkonzernlobbyisten befreien konnte. Wir konnten nur sehen, wie Europa einen völlig neuen Akzent in der Landwirtschaft setzen wollte und auch tat, nach dem Motto: Wenn nicht wir, wer sonst? Wenn nicht jetzt, wann dann? Europa folgte Bhutan und wurde in der Landwirtschaft ausnahmslos ökologisch. Die Verhältnisse verkehrten sich: Die ökologische Landwirtschaft wurde die normale. Wer nicht ökologisch wirtschaften wollte, wurde streng kontrolliert. Die neue europäische Landwirtschaftspolitik belebte das Land. Viele kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe entstanden, dazu regionale Vermarktungsgemeinschaften und kleine Handwerksbetriebe. Die einzige, die darunter litt, war die Agrotechnik. Sie hatte sich um die Jahrtausendwende

dem gigantomanischen, agroindustriellen Wahn zugewandt: Möglichst viel Hektar in möglichst kurzer Zeit mit möglichst leistungsstarken Maschinen. Aber die Depression war nur von kurzer Dauer. Die Technik war immer flexibel. Schnell erkannte sie, dass bei den vielen kleinen und mittleren Betrieben genau so viel – sogar mehr – Geschäft zu machen ist. Sie passte sich an und freut sich heute über ein breit aufgestelltes, florierendes und herausforderndes Geschäftsfeld.

Was 30 Jahre zuvor als völlig unrealistisch angesehen und belächelt wurde, ist heute als einzig realistischer Weg der Landwirtschaft erkannt und beschritten worden. Die Auswirkungen waren weitreichend. Bis hinein in die größten und kleinsten Gemeinschaften reichten die Änderungen. So kann sich heute z. B. niemand mehr vorstellen, der einen christlichen Gottesdienst besucht, eine Oblate als Zeichen der Gegenwart Gottes gereicht zu bekommen. Die Bäuerinnen und Bauern bringen wieder ihren Beitrag in die religiösen Gemeinschaften ein, sie bringen die Früchte der Erde, Brot und Wein. Und alle, die zum Gottesdienst gekommen sind, verlassen die Feier gestärkt, gesättigt und mit Freude. Die ganze Schöpfung atmet wieder auf und die Bäuerin und der Bauer wissen um ihre Rolle als Mitschöpfer Gottes. Halleluja.

Josef Stockinger

ist Biobauer in Arnreit, 44 Jahre alt, lebt und arbeitet zusammen mit seiner Frau Maria Grünbacher, seinen Kindern Samuel, Jakob, Tobias, Helene und mit Hans Gahleitner am Ebnerhof. Auf dem 30 Hektar Betrieb wird in biologisch-dynamischer Wirtschaftsweise Saatzucht, Rinder- und Ziegenzucht, eine Schnapsbrennerei und ein Hofladen betrieben. Bei Festen wird gesungen und getanzt.



ZUWACHS BEI DER ÖBV-BILDUNGSARBEIT

Da ich ab Jänner einen Teil der Bildungsarbeit in der ÖBV betreue, sollte ich mich nochmals in der Zeitung vorstellen, meinte Irmi. „Und dann kannst du bei der Gelegenheit auch gleich erklären, wie du die Bildungsarbeit anlegen willst!“ Die ÖBV-Bildungsarbeit!?! Ein Satz, den ich diesbezüglich immer wieder gehört habe und der mir wichtig erscheint, ist: Die Bildungsarbeit und die politische Arbeit lassen sich in der ÖBV nicht trennen. Ich habe die Vermutung, dass diese Herangehensweise einer der Gründe ist, warum die ÖBV 40 Jahre nach ihrer Gründung immer noch einzigartig, dynamisch und relevant ist. Und diese Herangehensweise ist auch ein wichtiger Grund dafür, dass ich Lust habe, in der ÖBV zu arbeiten.

Was es genau in der Praxis heißt, Bildungsarbeit und politische Arbeit zu verknüpfen, darüber habe ich jetzt viel zu lernen. Und ich denke, dass dieses Lernen ein dauerhafter Prozess ist, nicht nur für mich, sondern dass wir alle, die wir in der ÖBV tätig sind, diese Verknüpfung immer wieder neu entdecken, gestalten, reflektieren können, sollen und dürfen.

Ich habe nicht Landwirtschaft studiert und ich bin nicht auf einem Hof aufgewachsen (leider!?). Aber ich hoffe, dass ich – beim Studium der Landschaftsplanung und Soziologie, beim gemeinsam Organisieren und Kommunizieren in basisdemokratischen Vereinen/Bewegungen, als Mithelfende auf Bauernhöfen, als in-



teressierte Esserin und als Person, die sehr gerne durch Gespräche mit anderen lernt – Erfahrungen gesammelt und mir Fähigkeiten angeeignet habe, die für die ÖBV nützlich sind; sodass ich da entwickeln, zusammenfassen, nachdenken, vernetzen, organisieren und begleiten kann, wo es notwendig ist. Ich bin froh darüber, dass ich in den letzten beiden Jahren – während ich für die ÖBV am Foodlinks-Projekt gearbeitet habe – schon langsam in die ÖBV hineinwachsen konnte.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit den engagierten ÖBV-Mitgliedern an Themen zu arbeiten, die für Bäuerinnen und Bauern, für die kleinbäuerliche Landwirtschaft und für Ernährungssouveränität jetzt relevant sind und die uns bewegen. Ich freue mich auf gemeinsames Lernen und Aktiv sein!

*Monika Thuswald, seit Jänner 2014
Bildungsarbeit in der ÖBV-Via
Campesina Austria*

EIN PLÄDOYER FÜR MEHR ALS NUR BIO

Höfe- und Bienensterben, eine bedrohliche Saatgutverordnung inklusive untransparente TTIP Verhandlungen, Bio-Schmähs und Konventionalisierungsdebatten, von der neuen GAP ganz zu schweigen. Und zu alledem ein neuer Minister, welcher auf eine, nicht nur aufgrund aktueller Ballereignisse, hinterfragenswerte christliche Tradition mit dementsprechender Schützenhilfe gelobt, sich aber auch als ein Befürworter der naturnahen, extensiven Landwirtschaft positioniert. Als Quereinsteiger hat mensch es nicht leicht, sich abseits der bereits sehr fordernden gegenwärtigen Themen über die Zukunft der biologischen Landwirtschaft Gedanken zu machen. Ein Versuch soll trotzdem gewagt werden.

VON DAVID JELINEK



Alles bio, alles gut? Seit meiner Entdeckung der biologischen Landwirtschaft habe ich diese immer als das bessere, gerechtere und ökologischere Produktionssystem wahrgenommen. Es entstand in mir eine unhinterfragte Trennung zwischen bio und konventionell, welche oft auf die antagonistische Gleichung „gut“ und „böse“ hinauslief. Denn alles, was bio war, war automatisch gut. Doch in den letzten Jahren zeigen die Bio-Trends immer mehr auf, dass nicht alles gut ist, was bio ist. Und dies auch zurecht, denn der Biolandbau hat sich seit seiner Marktintegration in Österreich sehr stark einem ökologisch konventionellen Landbau angenähert, wie die Studie „Wie weit darf Bio gehen“ von Michael Groier sehr schön aufzeigt.

Spezialisierung, Rationalisierung und Intensivierung sind drei der Stichworte in diesem Zusammenhang. Und drei große Spieler sind es auch, die in Österreich fleißig daran arbeiten, diese Tendenzen im Biolandbau weiter zu

verstärken, denn Extensivierung oder bäuerliche Vielfalt und bäuerliches Handwerk machen sich zwar gut als Worthülsen in bunten Werbeaussendungen, aber der Realität entsprechen diese nicht nur vom Lebensmitteleinzelhandel (LEH) gerne benutzten Bilder schon lange nicht mehr. Und das nicht erst seit dem Erscheinen des Buches „Der große Bio-Schmäh“.

Der Druck von Seiten des LEH wird wachsen, wie die Forcierung der Eigenmarken und die damit einhergehenden Verschärfungen von Produktionsstandards ganz klar zeigen. Es gilt, Gegenstrategien zu diesen Entwicklungen aufzubauen, denn auch wenn seit Mitte der 90er Jahre direkte und regionale Vermarktungswege aus dem Blickfeld tausender Biobetriebe verloren gegangen sind, ist es meiner Meinung nach nie zu spät, diese wieder verstärkt zu unterstützen und neu zu positionieren. Schließlich liegt genau in dieser „Marktnähe“ eine der Stärken der ersten Stunden der Biobewegung. Diese

sollte auch wieder besser genutzt werden, um z. B. den Anteil der Direktvermarktung am Bio-Umsatz zu erhöhen und diesen nicht alleinig den drei großen Spielern zu überlassen. Also besser Umdenken und Umorientieren als nur blind die Exporte zu forcieren!

Bündnisse gegen den Bio-Zynismus/ Zertifikatswahn?

Ein wichtiges zukünftiges Thema ist auch jenes der sozialen Verhältnisse in der Produktion. Was bedeutet das Wort „bio“ noch auf einem Produkt, für welches Menschen unter den gleichen sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten wie ein paar Meter weiter ohne grünes Siegel? Am Beispiel des Plastikmeeres von Almeria wird dieser Widerspruch wohl am allerdeutlichsten: Hier gibt es (nur) Produzent*innen, die von der brutalen Ausbeutung spottbilliger migrantischer Arbeitskräfte abhängig sind, um am Markt mithalten zu können. Es grenzt doch an Zynismus, angesichts der nicht verwendeten Hilfsstoffe, die einen von den anderen als „bio“ abzugrenzen.

Hier fehlt es vielen Akteuren der Bioszene an einem reflektierten, weitsichtigen Blick nach vorne, um „bio“ nicht nur auf die Methoden der Produktion sondern ebenso auf die Verhältnisse dieser zu richten. Ich glaube jedoch nicht, dass es hierfür ein weiteres Zertifikat braucht, sondern vielmehr ein breites Bündnis vieler Akteure, um sich eindeutig gegen die Missstände und mitverschuldeten Zwänge zu stellen, in welchenaa sich die biologische Landwirtschaft nicht nur hinsichtlich des größeren händischen Arbeitsaufwandes befindet. Nur, weil die Tomate biozertifiziert ist, heißt das ja nicht, dass die Menschen, welche sie ernten, nicht fair angestellt werden müssen. Es sollte in Zukunft selbstverständlich werden, dass es zu einem ganzheitlichen, kreislauforientierten Betriebskonzept, zu welchem sich der Biolandbau ja bekennt, auch eine dementsprechende Sozialpolitik braucht, die natürlich nicht nur, aber auch, auf und von den Betrieben erstritten werden muss. Am besten in Allianz mit weiteren Mitstreitern. Das Nyeleni-Treffen in

AUF – IN EINE VERTRAUENSVOLLE ZUKUNFT

Goldegg bietet z. B. eine gute Möglichkeit, solche zukünftigen Allianzen zu schmieden.

Radikal gutes Essen für alle/ Vom Statussymbol zum Grundrecht/ Radikaler Wandel statt Nischenmarkt

Viele Aspekte, viele Fragen und viele Brennpunkte gäbe es noch zu besprechen und zu diskutieren: Bodengesundheit, Tierwohl, Saatgut, usw. Das Thema der Zukunft der biologischen Landwirtschaft ist ja letztendlich ein gesamtgesellschaftliches und eben nicht nur ein auf Zertifikate, Richtlinien oder Produktionsmethoden reduzierbares. Meine persönliche Idee oder Vision ist, dass es einmal keine Trennung mehr zwischen bio und konventionell geben wird. Einfach eine Landwirtschaft, eingebettet in ein faires und gerechtes Ernährungssystem, die sorgfältig und gerecht ökologische und gesunde Lebensmittel für alle produziert und nicht nur für jene, welche es sich derzeit leisten können. Weil gutes Essen kein Statussymbol sondern ein Grundrecht für alle sein soll.

Und dafür braucht es, wie bereits erwähnt, mehr als nur eine Verbesserung der GAP. Für solch eine gesamtgesellschaftliche Vision sollte sich auch die Biobewegung einsetzen und sich nicht auf einen etablierten, kaufkräftigen Nischenmarkt konzentrieren. In diesem Sinne soll es auch Raum für junge, freche und zuweilen auch angriffslustigere Aktionen oder Meinungen geben. Denn als zukünftiger Produzent möchte ich den Menschen nicht erklären müssen, warum unser Produkt teurer ist, weil es bio ist, sondern lieber gemeinsam mit allen für die Unabhängigkeit der Landwirtschaft und für ein faires Agrar- und Ernährungssystem kämpfen. Dafür sollten wir auch bereit sein, die Gesellschaft und mit ihr die Landwirtschaft, egal ob bio oder nicht, im Sinne der Ernährungssouveränität einem radikalen Wandel zu unterziehen.

David Jelinek, quereinsteigender Marktschreier, der sich seit gut einem Jahr als Kollektivbauer in Nikitsch/Filež im Burgenland versucht.

Die Bio-Kontrolle ist einer der wichtigen Bereiche meines Hofwirtschaftens. Dadurch wird mein Bauernhof wieder für ein Jahr als biotauglich erklärt. Durch das Logo sage ich: Ich wirtschaftete anders als andere, ich arbeite mit der Natur und nicht gegen sie, schließlich habe ich von der Natur alles bekommen, was ich so als Bäuerin brauche: Erde, Wetter, Pflanzen, Tiere, Samen. Ist doch klar, dass ich drauf schau. Und ich denke, dass darin die Zukunft der Bio-Bauern – aller Bauern – und auch die Zukunft der KonsumentInnen liegt.

Wenn dieses System auch etwas lästig ist und auch einiges an meiner bäuerlichen Zeit verschlingt, so ist es dennoch die Basis zum Vertrauen der KundInnen in den Bio-Bereich.

Und das finde ich total wichtig. Auch wenn ich selber einkaufen gehe, möchte ich den Logos vertrauen, schließlich sind manche Bioprodukte auch teurer.

Schön wäre es natürlich, wenn wir Menschen von vornherein verantwortungsvoll handeln würden und es wäre keine Kontrolle notwendig. Das Vertrauen der KundInnen, das auf der Beziehung zur Bäuerin und zum Bauernhof beruht, so wie es derzeit CSA's vorleben, ist entscheidend und dort will ich mit meinem Betrieb hoffentlich in den nächsten Jahren auch hinkommen.

Bei den CSA's ist die persönliche Beziehung zwischen Mensch und Hof die Basis fürs Vertrauen und daher ist jede Bio-Kontrolle überflüssig. Die PartnerInnen kennen sich – KonsumentInnen, KollegInnen, Bäuerinnen und Bauern – wissen über den Hof Bescheid, wie etwas wächst, wann es geboren wurde, wie

Eines der unangenehmen Dinge an meinem Bio-Bäuerinnen-Dasein ist, wenn die Bio-Kontrollstelle anruft: Frau Reisenbauer, hätten Sie denn morgen Zeit für einen Kontrollbesuch? Ja klar, das heißt den Tag freiräumen von diversen Verpflichtungen.

VON MICHAELA REISENBAUER



es betreut und gepflegt wird, und es wird daher keine zusätzliche Stelle gebraucht, die sagt, dass das Produkt in Ordnung ist.

Wenn ich jetzt aber Kaffee einkaufe – da ist ein regelmäßiger Besuch bei den KaffeebäuerInnen in Uganda schwierig und ich liebe Kaffee (das Lebenselixier am Morgen) –, dann ist das Bio-Logo eine Kaufentscheidung, der ich vertraue.

*Michaela Reisenbauer
Biobäuerin in der Buckligen Welt*



Foto: Michaela Reisenbauer

PERSPEKTIVEN DER BIOLOGISCHEN LANDWIRTSCHAFT

Wenn wir auf die Geschichte der biologischen Landwirtschaft zurück blicken, stellen wir fest, dass dieses Landwirtschaftssystem noch relativ jung ist und schon eine steile Karriere zu verzeichnen hat. Aufgrund der vermehrt auftretenden Umwelt und Klimaprobleme, mit denen wir konfrontiert sind, und mit dem Wissen über den Anteil der Landwirtschaft daran, stellt sich die Frage, warum die konventionelle Wirtschaftsweise noch immer so stark ist und nicht bereits die biologische Landwirtschaft zum „Standard“ geworden ist.

VON ANDREA NENNING

arbeite neben dem Studium auf einem Bio-Ackerbaubetrieb südlich von Wien und bin für die Bundeskoordination von BANG, der BIO AUSTRIA Next Generation zuständig.

Für mich überwiegen die Argumente, die für die Biolandwirtschaft sprechen. Es gibt natürlich auch manches, das dagegen spricht. Oft sind wir in unserem Umfeld als Bauer oder Bäuerin so eingeschränkt (z. B. Vermarktungswege, Flächenverfügbarkeit usw.), dass der Umstieg auf Bio gar nicht möglich ist. Ohne entsprechende Leistungsabgeltung einen Mehraufwand erbringen, das kann niemand verlangen. Letztendlich geht es darum, wirtschaftlich ein gutes Auskommen zu finden.

Die Neuauflage des Österreichischen Programmes zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL) wird dabei wieder eine wichtige Rolle spielen. Laut aktuellen Prognosen soll es bei den möglichen Maßnahmen für Bio-Betriebe Kürzungen geben. Ich hoffe stark, dass das bisherige Ausmaß an Fördermitteln für Bio zumindest gehalten und idealer Weise noch ausgebaut werden kann. Wenn nicht, frage ich mich, ob das ÖPUL überhaupt seinem Namen bzw. seiner Bezeichnung gerecht wird. Ich wünsche mir, dass diese Verhandlungen rund um GAP und ÖPUL durchsichtiger gestaltet werden. Die tatsächlichen Förderhöhen werden vermutlich erst dann veröffentlicht, wenn bereits alles beschlossen ist, somit ist wieder einmal eine Chance für Transparenz und Mitbestimmung vertan.

Meine Überzeugung für Bio kommt vom elterlichen Betrieb – und diese Überzeugung wächst ständig. Durch Praktika, Betriebsbesichtigungen, Diskussionen und Austausch bekomme ich immer mehr den Eindruck, dass wir zuhause auf unserem Betrieb auf dem richtigen Weg sind. Durch die Milchdirektvermarktung können wir relativ selbstständig am Markt

agieren und haben nicht den Druck, ständig mehr produzieren zu müssen – das kommt unseren Tieren und dem gesamten Betriebskreislauf zu Gute. Wir können bestimmen, welche Menge wir produzieren und an wen wir liefern – das ist schon ein lässiges Gefühl. Diesen Weg möchte ich, falls ich den Betrieb einmal übernehmen kann/darf, weiter führen.

Regionale Vermarktungsstrategien, bei denen mit KonsumentInnen direkt zusammen gearbeitet werden kann, wären für beide Gruppierungen – BäuerInnen und KonsumentInnen – von Vorteil. Überhaupt wäre in Zukunft eine Stärkung regionaler Systeme notwendig. Würden die Mittel, die derzeit in die Exportförderung gehen, dafür verwendet, ließe sich mit Sicherheit einiges bewegen.

Bei den BANG-BIO AUSTRIA Next Generation-Treffen und Veranstaltungen herrscht immer gute Stimmung. Junge Leute interessieren sich mehr und mehr für die biologische Landwirtschaft. Wir wollen uns nicht einschränken und beziehen neben den Bäuerinnen & Bauern auch andere Gruppierungen mit ein. Mir kommt vor, für Quereinsteiger, oder Leute, die nicht von einem landwirtschaftlichen Betrieb stammen, ist Biolandwirtschaft die einzig richtige Option.

Bildung und Forschung sind die Grundlagen zur Weiterentwicklung. In diesen Bereichen mangelt es vielfach an finanziellen Mitteln und auch am Willen, biologische Landwirtschaft zu fördern und zu unterstützen. Speziell in landwirtschaftlichen Fachschulen und höheren Schulen gehört dem Unterricht über den biologischen Landbau mehr Platz eingeräumt. Mittlerweile ist der Bio-Anteil in Österreich so groß, dass es mir fahrlässig erscheint, wenn in Schulen, in denen die zukünftigen Bäuerinnen und Bauern ausgebildet werden, diese Wirtschaftsweise nicht oder nur „alibimäßig“ (z. B. ein externer Vortrag im Jahr) gelehrt wird.



Ich konnte bisher verschiedene Perspektiven einnehmen, um zu betrachten, was es um die Biolandwirtschaft steht. Ich stamme von einem Bio-Milchviehbetrieb mit Direktvermarktung aus dem unteren Mühlviertel und habe nach der Matura an der HBLA Elmberg in Linz eine Zeit im BIO AUSTRIA Bundesbüro Berufserfahrung gesammelt. Derzeit studiere ich an der BOKU in Wien Agrarwissenschaften,



Es ist mit Sicherheit nicht alles perfekt in der Biolandwirtschaft. Es gibt Baustellen und vieles, worüber ständig diskutiert wird (Konventionalisierung, Richtlinien, Ausnahmen von Richtlinien usw.). Für eine solide Zukunft brauchen wir eine Besinnung auf und Auseinandersetzung mit den Werten der Biolandwirtschaft und mit unseren persönlichen Werten. Gleichzeitig darf die biologische Landwirtschaft nicht wegen Professionalisierung und Effizienzsteigerung verteufelt werden.

Es sind viele Faktoren, die bestimmen, ob ein Betrieb läuft oder nicht: soziale, familiäre, wirtschaftliche, rechtliche, gesellschaftliche usw. Am wichtigsten erscheint mir die persönliche Überzeugung und Motivation. Ist diese fest genug, können auch schwierige Zeiten überstanden werden. Im Grunde sind es die Motivation und die Freude, die uns immer wieder antreiben.

Meine Studienkollegin Michaela Sturm und ich haben im Rahmen unserer Bachelorarbeit einen Film über das Leben und Arbeiten junger BiobäuerInnen in Österreich gedreht: „BIO – The Next Generation“. Klar ist, es kann überall Probleme geben – nichts ist perfekt. Es kann niemand behaupten, im Leben und Arbeiten sei alles super und schön. Wir konnten bei unserer Filmtour quer durch Österreich jedoch sehen und spüren, das Positive überwiegt ganz klar, und die jungen BiobäuerInnen blicken zuversichtlich in die Zukunft. Dieses Filmprojekt war somit eine ganz besondere

Motivation für uns. Diese Motivation erreicht über den Film hoffentlich viele, die sich noch nicht 100-prozentig sicher sind, ob die Biolandwirtschaft das Richtige für sie ist.

„Weiter wie bisher ist keine Option“ lautet die klare und einfache Botschaft des im Jahr 2007 erschienen Weltagrarberichtes, welchen 500 WissenschaftlerInnen aller Kontinente und Fachrichtungen gemeinsam erarbeitet haben.

„Wir kennen die Herausforderungen, wir kennen die Lösungen, wir haben die Mittel – worauf also warten wir?“

Für die Zukunft ist es wichtig, unsere Überzeugung und Begeisterung weiter zu tragen. In dieser Hinsicht passiert schon einiges (immer mehr Gruppierungen wie BANG, solidarische Landwirtschaft, Nyeleni usw. schließen sich zusammen), und es gibt noch viel Potential.

Diese Gruppierungen, Bioverbände, Forschung und Wissenschaft und alle Organisationen, die im Bio-Bereich tätig sind, sollten in Zukunft enger zusammen arbeiten, um gemeinsam mehr bewegen zu können.

Jede/r kann durch ihren/seinen persönlichen Einsatz für etwas eintreten und somit etwas bewirken. Wir alle sind somit für die Zukunft der biologischen Landwirtschaft verantwortlich und können zur positiven Entwicklung etwas beitragen, sei es im Großen oder im Kleinen.

*Andrea Nenning
stammt von einem Bio-Milchviehbetrieb aus
dem unteren Mühlviertel und studiert
Agrarwissenschaften an der Boku Wien*

Link zum Film „BIO – The Next Generation“:
<http://www.youtube.com/watch?v=xtw6axjbfxl>

ÖBV-Info/Veranstaltungen I

BÄUERINNENTAG 2014

Abschlussveranstaltung der LV „Frauen in der bäuerlichen Garten- und Landwirtschaft“

Do, 6. März, 17:00 – 21:00

Festsaal der Universität für Bodenkultur, Gregor Mendelstraße 33, 1190 Wien

17:00 Begrüßung DIⁱⁿ Iris Strutzmann,
DIⁱⁿ Andrea Heistinger

17:15 Präsentation der Seminarbeiträge der Studierenden

18:30 Pause

18:45 Impulsreferate und Diskussion von und mit Theresia Raffezeder (Biobäuerin, OÖ) und Julia Elpons (Bioschafbäuerin, Bgld)

SAATGUT-AKTIONSTAGE IN GRAZ

Sa, 8. März und Sa, 19. April 2014, jeweils 9:00-12:00

Lendplatz/Lendmarkt in Graz

Rund um die Überarbeitung der europäischen Saatgutverkehrsgesetze formiert sich in ganz Europa Widerstand. Auch, wenn die Vorschläge der EU-Kommission, die das Verbreiten von frei verfügbarem Saatgut bedrohen, vorerst vom Landwirtschaftsausschuss des EU-Parlaments zurückgewiesen wurden, bleibt noch viel zu tun, um eine Saatgutgesetzgebung zu erkämpfen, die die Vielfalt von frei verfügbarem Saatgut sicherstellt. Mit den Saatgut-Aktionstagen wollen wir die aktuelle Problematik diskutieren und unsere Alternativvorschläge präsentieren. Nähere Infos auf www.viacampesina.at

TTIP – DIE PRIVATISIERUNG DER DEMOKRATIE

Info- und Diskussionsveranstaltung

Mo, 17. März 2014, 18:00 – 20:00

1010 Wien, Stephansplatz 6, 6. Stock,
Hildegard-Burjan-Saal (604)

Referentin: Alexandra Strickner, Ökonomin, Mitbegründerin und Obfrau von Attac

Seit Juli 2013 verhandeln EU-Kommission und US-Regierung weitgehend abgeschirmt von jeglicher Öffentlichkeit die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Dabei sollen die Rechte von Investoren gestärkt und die größte Freihandelszone der Welt geschaffen werden. Welche Auswirkungen wird TTIP auf Demokratie, auf soziale Rechte, auf den Klimaschutz haben? Was kann getan werden, um TTIP zu verhindern?

Veranstalterinnen: kfb, Welthaus, ÖBV-Via Campesina Austria u. a.

Weitere ÖBV-Infos Seite 28/ÖBV-Exkursion Seite 11

BIOSZENE FEIERT IM JAHR 2024 ERSTMALS WIEDER ZUWÄCHSE

Erstmals seit zehn Jahren feiert die Biologische Landwirtschaft wieder Zuwächse. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft, Innovation und Ressourcen (BM:WIR) stieg die Zahl biologisch wirtschaftender Betriebe von 2.151 Betrieben im Jahr 2023 auf 2.412 Betriebe (Jahresende 2024). Bei 55.748 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Österreich bedeute das einen Anteil von derzeit zwei Prozent an den Gesamtbetrieben.

VON CHRISTIAN VOGL



Insbesondere im Berggebiet wurden Zuwächse verzeichnet. Von den nunmehr 33.246 Bergbauernbetrieben unterzogen sich 150 neue Betriebe der Biokontrolle der staatlichen Ressourcenprüfungsanstalt, da im Programm für Biologische Generika starke Nachfrage nach biologisch zertifizierten Milchsäurederivaten aus der Grünlandvergärung für ein derzeit im Pharma-Innovationscluster Gusing hergestelltes Anti Aging Präparat besteht.

Beobachter der Bioszene hatten mit diesem Zuwachs nicht gerechnet. Seit der Vollumstellung der österreichischen Landwirtschaft auf die NGAP (nachhaltig gesunde agrarische Praxis) im Jahr 2018, der stetigen Auslistung von Bioprodukten im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) zugunsten heimischer und internationaler NGAP-Produkte, Streitereien innerhalb der

Bioszene und der Wirtschaftskrise von 2019-2022 hatte Bio schrittweise an Bedeutung verloren. Der Zeithistoriker Erich Landgraf nennt für den Niedergang von Bio vier zentrale Ereignisse.

Kampf um Macht und Einfluss

Bereits in der Hochblüte des Biosektors war es dem damaligen Landwirtschaftsminister im Jahr 2002 gelungen, die agile und innovative Vielfalt der Bio-bewegung mit der Aufforderung zu Zusammenschluss und Einigkeit jäh einzubremsen. Es waren fast zehn lange Jahre, in denen der Biosektor sich institutionell nicht mit der Lobbyarbeit gegen die

negativen Folgen der konventionellen Landwirtschaft beschäftigte, sondern mit einem energieraubenden Kampf um Macht und Einfluss in den inneren Strukturen der vom damaligen Landwirtschaftsminister „angedachten“ zentralistischen Struktur. Selbst die damals bekannten und gefeierten innovativen und engagierte Bio-ProduzentInnen und Bio-VerarbeiterInnen (Hersteller von Schokoladen, Eis, Tees oder Entwickler neuer Nahversorgungskonzepte ...) waren damals nicht in der Lage, die institutionalisierte Bio-Politik aus der inneren Beschäftigung mit sich selbst zu reißen.

Öffentliche Selbstkritiken

Deutlich geschadet hatten nach Landgraf dem Biogedanken voyeuristisch in der Bio-Szene, aber auch in der Öffentlichkeit vorgetragene Selbstkritiken. So waren in den Jahren

nach 2010 selbstzerfleischende Debatten über Konventionalisierung von „Bio“, über die Vermarktung von Bio im LEH, importierte Bio-Waren oder das leichtfertige Bemühen der Anschuldigung „Schmäh“ in Bezug auf Bio stärker en vogue als die Kritik an den bereits damals deutlich sichtbaren extremen negativen Folgen der konventionellen Landwirtschaft oder das Bewusstsein darüber, dass engagierte Biobäuerinnen und Biobauern tatsächlich bis dahin sehr viel erreicht hatten. Während die konventionelle Landwirtschaft und ihre VertreterInnen deutlich Einigkeit in ihrem Anliegen Richtung Steigerung der Effizienz und Effektivität bewiesen und in strategisch entwickelten Kommunikationsstrategien gemeinsam mit der Lebensmittelverarbeitenden Industrie eine Kampagne nach der anderen contra Bio lancierten, wurde in der biologischen Landwirtschaft darüber diskutiert, ob FoodCoops oder der Verzicht auf Bio-Tomaten aus Sizilien das bessere Bio seien.

Gravierende Fehlberatungen

Den Todesstoß dürften der Biobewegung allerdings gravierende Fehlberatungen im Zuge der Förderanträge für Almförderungen gegeben haben, die vornehmlich nichts mit Bio zu tun hatten, aber im Zuge der massiven Rückforderungen der österreichischen Abwicklungsstelle für Förderungen im Jahr 2014 zu einer ersten Welle an Aufgaben landwirtschaftlicher Betriebe, darunter von Biobetrieben führte. Im Zuge der Regelungen für Bio im österreichischen Umweltprogramm ÖPUL ab dem Jahr 2015 begann ein rasanter Abwärtstrend in der Zahl der Biobetriebe.

Politik und LEH setzen auf NGAP

Eindringlich weist Landgraf darauf hin, wie in Folge einiger Lebensmittelskandale im konventionellen Sektor geschickt von der Politik gemeinsam mit dem LEH zunehmend nicht mehr „Bio“ als Lösung präsentiert wurde, sondern das Programm der nachhaltigen gesunden agrarischen Praxis (NGAP). Während in der Bioszene über urbanes Gärtnern in Städten

BIO TATORT

HAT DIE BIO GANG WIEDER ZUGESCHLAGEN?



oder die Förderung von Kleinstbetrieben über Anteilsysteme debattiert wurde, positionierten Politik und LEH den Diskurs der NGAP (entsprach damals den EU-Richtlinien für eine biologische Landwirtschaft, die aber ab 2017 auf EU-Ebene „eine gesunde, den natürlichen Lebensraum schützende klimafreundliche, resiliente und nachhaltige Landwirtschaft“ und nicht mehr Bio/organic genannt wurde) erstmals im Jahr 2017 als die Lösung für alle agrarischen Probleme. Im Bewusstsein, dass die marginal kleine Anzahl an Bäuerinnen und Bauern kein relevantes Wählerpotential mehr darstellte, dagegen die zunehmende urbane Bevölkerung (heute hat Wien 2,5 Mio Einwohner; der Großraum Wien 6 Mio) mit billigen Lebensmitteln zu versorgen sei, wurden von der neuen Koalition urbaner populistischer Parteien joint-ventures des LEH mit handelseigenen ProduzentInnen in osteuropäischen und mediterranen Ländern seit dem Jahr 2018 gefördert und Investitionen dort in Österreich steuerlich absetzbar gemacht. Österreich wurde beginnend mit dem Jahr 2019 – dem Beginn der europä-

ischen Wirtschaftskrise – als Land des ewigen feuchten Grüns im mittlerweile stark durch den Klimawandel getroffenen arabischen und mediterranen Raum vermarktet. Massive Aufforstungsprogramme lösten das ÖPUL ab.

Der Drang der urbanen Bevölkerung zu billigen Lebensmitteln verschärfte ab dem Jahr 2019 das zunehmende Desinteresse an Bio, das nun erst seit einem Jahr wieder offenbar im Zuge der wirtschaftlichen Erholung erwacht. Auch heute wird aber immer noch heftig innerhalb der Szene über Bio debattiert. Da der Begriff Bio nur mehr im österreichischen Lebensmittelkodex geregelt ist, beschäftigen sich nun dort die involvierten Akteure mit der Regelung sowie Weiterentwicklung von „Bio“.

Aktuell wird etwa debattiert, ob Mähgut für die zertifizierte Grünlandvergärung zur Herstellung von Milchsäurederivaten nur mit Bio-Sauerkraut aus lokalem Anbau beimpft werden darf oder hierfür auch ausländische Bio-Buttermilch aus der 30 km entfernten Bio-Molkerei des Nachbarlandes in Edelstahl tanks importiert werden darf.

Christian Vogl, Professor für Ökologische Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur Wien, bewirtschaftet mit seiner Familie einen kleinen Bio-Subsistenzbetrieb auf 1.450 m in Osttirol, Mitglied der ÖBV.

Bei dem Artikel handelt es sich um eine gekürzte Fassung des Vortrages von Christian Vogl am 4. März 2024 bei der Tagung „BodenUnkultur“ an der Universität für Ressourcenmanagement Wien. In der gekürzten Fassung mussten Teile über das Moniviva-Monopol für NGAP-Saatgut und -Embryonen sowie Aspekte des Wirtschaftswandels und der Nachnutzung aufgegebener landwirtschaftlicher Betriebe durch den in Dubai ansässigen all inclusive Club Rural Life weggelassen werden. Die Langfassung ist in Ihrem persönlichen Datenmikrochip im Cluster „ÖBV“ gespeichert.

ÖBV-EXKURSION IN DIE STEIERMARK Fr, 25. April – So, 27. April 2014

Wir freuen uns, Euch zur heurigen ÖBV-Exkursion in die Steiermark einladen zu dürfen. Wir wollen gemeinsam interessante Höfe besuchen, uns austauschen und eine schöne Zeit haben.

Vorläufig geplante Programmpunkte:

- Firma Sonnenerde (Riedlingsdorf): Produktion von hochwertigen Komposten, Erden und hochfruchtbareren Schwarzerden (Terra Preta), erste Pflanzenkohleproduktionsanlage Europas
- Biohof Labonca (Burgau): Weideschweine- und Hühner, Weideschlachthaus in Planung, Verkostung
- Übernachtung in Graz
- Hofkollektiv Wieserhoisl (Deutschlandsberg): Gemüsebau, Saatgut, Milchschafe

- Übernachtung in Deutschlandsberg
- Biohof Hable & Walter (Pöls): Saatgut, Direktvermarktung von Schaf- und Rindfleisch
- Weitere Stationen in Anfrage

Abfahrt: Fr, 25. April, 8:00 von Linz Hauptbahnhof (wir fahren über die West- und Südautobahn nach Riedlingsdorf (Bgld) und können am Weg Leute bei Autobahnauffahrten „aufsammeln“)

Rückkehr: So, 27. April, ca. 19:00 Linz Hauptbahnhof (am Rückweg von Pöls nach Linz können wir Leute z. B. am Bahnhof Judenburg absetzen)

Die Kosten für die Exkursion (Bus, Übernachtung in Doppelzimmern inkl. Früh-

stück, Führungen) betragen ca. 180 Euro. (Mittag- und Abendessen sind individuell zu bezahlen.) Wir bitten Interessierte, sich sobald wie möglich, spätestens aber bis 20. März, anzumelden. (Bitte Abfahrtsort und Bedarf von Einzelzimmer angeben.) Wir bitten um eine Anzahlung von 100 Euro bis Ende März.

Anmeldung und Rückfragen:

Monika.thuswald@viacampesina.at oder 01-89 29 400

Konto für Anzahlung: ERSTE Bank – BLZ 20111, Kontonr. 04234529

Wir freuen uns auf eine spannende und lustige gemeinsame Exkursion!



AUFTAKTVERANSTALTUNG NETZWERK BIO

Am 28. November 2013 fand die Kick-Off-Veranstaltung für das Netzwerk Bio an der Universität für Bodenkultur in Wien statt. Es trafen sich über 80 Biobauern und -bäuerinnen, Forschende, Lehrende und Studierende, um über aktuelle Themen im Biolandbau zu diskutieren. Die Initiative wurde seitens Studierender der BOKU, der Gruppe BANG (Bio Austria Next Generation), BIO AUSTRIA und dem Institut für Ökologischen Landbau gestartet.

VON KATHARINA STÖGERMAYR



Foto: Katharina Stögermayr

Das Ziel der Veranstaltung war es, ein Fundament für die Vernetzung von Lehre, Forschung, Studierenden und PraktikerInnen zu schaffen und Inhalte für ein Netzwerk Bio zu skizzieren.

Zu Beginn gab es kurze Impulsvorträge von Andrea Nenning (Studierende und BANG Gründerin), Barbara Soritz (Bio-Bäuerin und BIO AUSTRIA Vorstandsmitglied) und Dr. Thomas Lindenthal (Forschender und Lehrender BOKU). Dabei wurde auf die Wichtigkeit und die jeweiligen Vorteile einer guten Vernetzung für die AkteurInnen in der biologischen Landwirtschaft hingewiesen.

Im Rahmen eines „Worldcafés“ wurde in elf Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Themen rege diskutiert und Vorschläge für die Aufgaben des Netzwerks formuliert. Vor diesem Austausch in den

Café-Runden hatten alle Anwesenden die Möglichkeit, drei Themen zu den Bereichen Produktion, Verarbeitung & Verteilung und Menschen & Gesellschaft auf Kärtchen zu schreiben. Diese Kärtchen wurden eingesammelt und die am häufigsten aufgeschriebenen Themen wurden für die „Worldcafés“ ausgewählt.

Wie sich herausstellte, wird ein intensiver Diskurs zwischen Praxis, Forschung und Studierenden von vielen Anwesenden gewünscht. Im Einzelnen bedeutet dies schnellerer und besserer Zugriff auf wissenschaftliche Arbeiten, ein einfacherer Zugang zu den Bio-Betrieben für Studierende und eine bessere Nutzung von bereits vorhandenen Strukturen. Die Idee der Gründung eines Netzwerks Bio

wurde geboren, und es kristallisierten sich bereits konkrete Ideen für gemeinsame Aktivitäten heraus. Besonders angesprochen wurden auch die Medien. Das Netzwerk Bio soll ein gemeinschaftliches Auftreten nach außen fördern, und zu aktuellen Themen soll Stellung bezogen werden.

Darüber hinaus sollen jährliche Tagungen stattfinden, um den Austausch zu fördern und neue Mitglieder in das Netzwerk Bio zu integrieren. Neben AkteurInnen aus dem Biobereich sollen nachhaltigkeitsorientierte, gesellschaftliche Gruppierungen an diesem Netzwerk mitwirken. Zur Bewerkstelligung der Aufgaben soll eine Stelle über Vereinsbeiträge und Spenden finanziert werden.

Nach der Kick-Off Veranstaltung wurde am Netzwerk Bio weitergearbeitet, und es zeigen sich schon die ersten Ergebnisse:

Ein ausführlicher Bericht über die Tagung wurde erstellt, welcher für alle Interessierten zur Verfügung steht. Ein Arbeitsprofil für das Netzwerk Bio ist entstanden, und die Arbeitsgruppe strebt an, einen Verein Netzwerk Bio zu gründen.

Für die Praxis

Für mich als Studierende ist dieses Netzwerk eine sehr gute Unterstützung bei der Suche nach Themen für wissenschaftliche Arbeiten und Praktikumsstellen. Es ist mir wichtig, Arbeiten zu schreiben, die relevant sind für die Praxis und deren Ergebnisse angewendet werden können. Diese Themen zu finden und Biobauern und -bäuerinnen ausfindig zu machen, die mich bei der Umsetzung unterstützen, ist eine sehr große Herausforderung. Für Bäuerinnen und Bauern kann umgekehrt der Zugriff zu Studierenden erleichtert werden.

Ich finde, das Know-How der PraktikerInnen soll weiter gegeben werden an lernbegierige Studierende und im Gegenzug sollen neue Erkenntnisse der Forschung in die Betriebe eingebracht werden. Die angedachten Arbeitsbereiche des Netzwerkes Bio jedoch sollen über den landwirtschaftlichen Bereich hinausgehen, wie zum Beispiel Kooperationen mit KonsumentInnen oder Verstärkung der Kontakte mit den Medien.

Wie schlussendlich die Aufgaben für das Netzwerk Bio definiert werden, soll in Kooperationen mit den aktiven bio-orientierten Organisationen (Beratung, Forschung etc.) laufend abgestimmt werden, denn: Die begrenzten Ressourcen in der biologischen Landwirtschaft sollen optimal genutzt werden und das Netzwerk für alle unterstützend wirken!

Katharina Stögermayr studiert Ökologische Landwirtschaft auf der Universität für Bodenkultur in Wien.

Weiter Informationen erhalten Sie unter netzwerkbio@gmail.com

WIE KÖNNEN WIR DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG MITGESTALTEN?

Was ist die Basis der Landwirtschaft:

Der Boden: Konventionelle Landwirtschaft führt zu Erosion, Humusabbau, Verhärtung, Absterben, Mineralisation des Bodens. Die Fähigkeit des Bodens, Extreme auszugleichen, nimmt ab. Gleichzeitig steigt der Energieaufwand für seine Bearbeitung.

Die Pflanzen: Beim Saatgut kommt es zu einer Verengung durch immer weniger Sortenvielfalt und geringerer Widerstandsfähigkeit. Die technizistische Züchtung für spezielle Mineraldünger und Resistenzen für Pestizide und Fungizide ist eine Sackgasse, die mit den Hybriden schon problematisch genug ist und ihre Kulmination in den verschiedensten Spielformen der Gentechnik erreicht hat. Die Hauptproblematik liegt dabei in der Abhängigkeit von wenigen Saatgutherstellern und Pflanzen, die keine Vitalität mehr haben.

Die Tiere: Die extreme Spezialisierung der einzelnen Tierarten in der Zucht und in der Haltung negiert das Seelische im Tier und versucht den Menschen durch immer rationellere Haltungformen immer weiter weg vom Tier zu bringen, einer scheinbaren Effizienz wegen. Dadurch wird das Tier nicht in seiner gesamtheitlichen Entwicklung gestärkt, sondern zu einem Produktionsfaktor degradiert.

Der Mensch: Vom selbstbestimmten, verantwortungsvollen Wesen, das den ihm/ihr anvertrauten Hof führt, geht die Entwicklung zu einer „Vergesellschaftung des Subjekts“, das umgeben von Verordnungen, Auflagen, Ge- und Verboten, Abhängigkeiten, ... immer weniger die Möglichkeit hat, den Hof zukunftsfähig nach seinen Vorstellungen weiterzuentwickeln. Anstatt in die Freiheit zu gehen, wird der Mensch immer mehr abhängig (gemacht).

BIOS, LEBEN, ist auf den Fluss, die Weiterentwicklung hin gerichtet. Wir können diese Entwicklung mitgestalten, indem wir die Basis unseres Lebens – Boden, Pflanze und Tier – in ihrer Entwicklung fördern.

Wir können den Boden verlebendigen, „durchvernünftigen“ oder wir können ihn mineralisieren, abstumpfen. Wir können die Pflanzen züchterisch entwickeln oder zu pro-

„Die Zukunft der Landwirtschaft wird biologisch sein oder sie wird überhaupt nicht stattfinden“ mag zugegeben etwas provokant klingen, aber wenn wir die Industrialisierung & Konventionalisierung (zunehmend auch der biologischen) Landwirtschaft mit all ihren Konsequenzen zu Ende denken, ist das nur logisch.

VON ANDREAS HÖRITZAUER



Foto: Demeterbund

Herstellung von Präparaten mit dem Kuhhorn

grammierten Genträgern entarten. Wir können die Tiere in ihrem Wesen wahrnehmen und fördern oder ausbeuten und sie als reines Produktionsmittel missbrauchen. Wir können uns in unserer Menschlichkeit entwickeln, oder wir können uns selbst zu einer stupiden Marionette degradieren und die Evolution in eine Sackgasse führen.

Wenn wir wollen, dass die Menschheit sich hin zu Selbstbestimmtheit und Freiheit entfaltet, dann brauchen wir die biologische, speziell die biodynamische Landwirtschaft und ihre Lebensmittel, die das erst ermöglichen. Ohne den Kosmos (=göttliche Ordnung) mit einzubeziehen, werden wir den Weg der Menschwerdung nicht weitergehen können.

Autonomie, Selbstbestimmtheit und Ernährungssouveränität werden nur möglich sein, wenn wir die Hoheit über die Basis der landwirtschaftlichen Erzeugung in den bäuerlichen Händen wahren. Das ist die Grundlage (Bodenbearbeitung, Saatgut, Zucht), damit wir verantwortungsvoll aus dem Geist der Liebe heraus die Schöpfung lebendig (=biologisch)

erhalten können. Das allein wird nicht reichen, es geht um Durchdringung der Erde mit Seelisch-Geistigem, mit unseren Ich-Kräften. „Gerade bei der Landwirtschaft zeigt es sich, dass aus dem Geiste heraus Kräfte geholt werden müssen, die heute ganz unbekannt sind und die nicht nur die Bedeutung haben, dass etwa die Landwirtschaft ein bisschen verbessert wird, sondern die die Bedeutung haben, dass überhaupt das Leben der Menschen – und der Mensch muss ja von dem leben, was die Erde trägt – eben weitergehen könne auf Erden auch im physischen Sinne“ (Rudolf Steiner, Landwirtschaftlicher Kurs 1924).

Die Frage, die uns in Zukunft also beschäftigen wird, ist: Wie können wir Lebensmittel erzeugen, die die Menschen auch nähren, und wie können wir unsere Höfe zu Akkupunkturpunkten machen, die weltumspannend an einer Heilung dieses wunderbaren Organismus Erde mitwirken?

Andreas Höritzauer
Obmann des Österreichischen Demeter Bundes, seit
20 Jahren Demeter Bauer am Wegwartehof im
Waldviertel

WIRD BIO KONVENTIONELL?

Konventionalisierungsrisiken in der österreichischen Bio-Landwirtschaft.

Eine Analyse

VON MICHAEL GROIER

Ausgangssituation: Die biologische Landwirtschaft hat in Österreich – vor allem im Berggebiet – eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte hinter sich. Der Bioflächenanteil beträgt aktuell 20 %, der Bioumsatz lag 2011 schon bei 1,2 Mrd. Euro. Seit Anfang/Mitte der 1990er Jahre hat sich die biologische Landwirtschaft vor allem wegen der attraktiven Bioförderungen und des Einstiegs der großen Supermarktketten in die Biovermarktung von einer in sich geschlossenen Marktnische zu einem erfolgreichen Teil des Lebensmittelmarktes (Massenmarkt) entwickelt.

Diesen an und für sich positiven Entwicklungen („Bio für Alle“) stehen allerdings auch Risiken gegenüber, die sich vor allem durch die Integration des Biolandbaus in den konventionellen Lebensmittelmarkt ergeben. So hat auch im Biolandbau – wenn auch zeitversetzt – seit Mitte der 1990er Jahre im Rahmen eines Aufholprozesses in vielen Produktionssparten eine Professionalisierung der Bio-Produktion stattgefunden. Je nach Betriebszweig und mit regionalen Unterschieden wurde diese auf den Betrieben mittels Spezialisierung, Intensivierung und Rationalisierung der Produktion erreicht, was wiederum verschiedene ökologische, qualitätsbezogene und ethologische Risiken in sich birgt. Seit über einem Jahrzehnt werden nicht nur in Österreich seitens der kritischen Wissenschaft Konventionalisierungsentwicklungen in der biologischen Landwirtschaft thematisiert. Diverse Lebensmittelskandale auch im Biosektor sowie die steigende Anonymisierung der Bioprodukte haben zu einer diesbezüglichen Sensibilisierung geführt.

Was bedeutet Konventionalisierung?

Unter Konventionalisierung im Bereich der biologischen Landwirtschaft versteht man Anpassungs- oder Angleichungsprozesse des Bio-

landbaus an die konventionelle Landwirtschaft, also die Veränderung der Prozessqualität des Biolandbaus entlang der gesamten Wertschöpfungskette in Richtung industrieller Produktionsmethoden. Entscheidend ist dabei aber nicht die relative Annäherung der beiden Bewirtschaftungsformen zueinander, sondern primär die Verwässerung von zentralen Biowerten und Biozielen. Darunter fallen unter anderem der gesamtbetriebliche Anspruch, das Kreislaufprinzip, das Nutzen ökologischer Selbstregulationsmechanismen, der Schutz natürlicher Ressourcen sowie die tiergerechte Haltungsweise, aber auch soziale und ethische Aspekte (faire Bezahlung, fairer Umgang entlang der Wertschöpfungskette). Im Falle einer stärkeren Aufweichung der Biowerte und Angleichung der beiden Bewirtschaftungsweisen gerät das Alleinstellungsmerkmal von Bioprodukten – ihr Profil und Image – in Bedrängnis, das Vertrauen der KonsumentInnen in Bioprodukte sinkt.

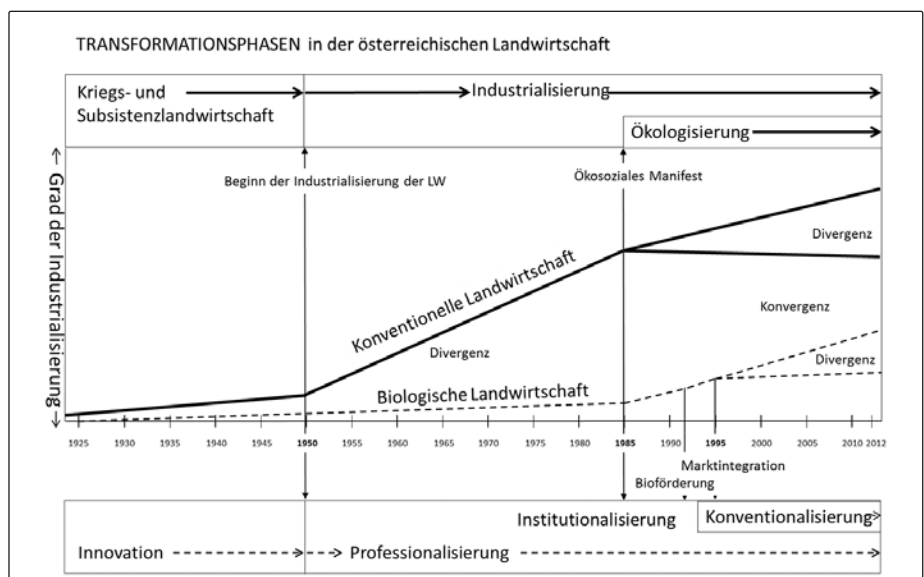
Die folgende Grafik schematisiert die Entwicklung des Biolandbaus (strichlierte Linie) im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft nach deren Grad der Industrialisierung.

Während die Industrialisierung der konventionellen Landwirtschaft und des nachgeordneten Lebensmittelmarktes nach dem 2. Weltkrieg begann (Mechanisierung, Chemisierung, Züchtung), löste beim Biolandbau erst die konsequente Förderung sowie dessen Integration in den Lebensmittelmarkt in den 1990er Jahren einen Professionalisierungsschub aus, der die Konventionalisierungsrisiken erhöhte.

Während sich die konventionelle Landwirtschaft in manchen Bereichen im Rahmen des agrarischen Umweltprogramms ÖPUL in ökologischer Hinsicht verbessert hat und in anderen eine weitere Industrialisierung durchläuft, sind Teile der biologischen Landwirtschaft einem Konventionalisierungsprozess unterworfen, der zu einer gewissen Annäherung der beiden Produktionsformen geführt hat.

Was sind die Ursachen und Auswirkungen der Konventionalisierung?

Wie auch die konventionelle Landwirtschaft ist der Biolandbau nach seiner Integration in die konventionellen Lebensmittelmärkte mit deren Strukturen, Prinzipien und ökonomischen Gesetzen konfrontiert (Wachstum, Wettbewerb, Profit). Ein Großteil der Bioprodukte wird in konventionellen, industriellen Verarbeitungsbetrieben hergestellt und zu



70 % über die Supermarktketten des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) vermarktet. Im LEH dominieren drei große Ketten 80 % des Marktes. Das wiederum hat zur Folge, dass zwar der Absatz weitgehend gesichert ist, viele Biobetriebe durch die große Marktmacht des LEH aber unter Preisdruck geraten und ihre Produktion rationalisieren und die Produktivität steigern müssen (Stückkostenwettbewerb).

Betriebsausrichtung

Viele Biobetriebe – gebunden durch Vertragslandwirtschaft – reagieren darauf mit Spezialisierung (viehlose Ackerbaubetriebe, Reduktion der Betriebszweige), Intensivierung der Produktion (steigende Milchleistung, Einsatz von Hochleistungshybriden, zunehmender Einsatz externer Betriebsmittel, abnehmender Anteil extensiven Grünlands, engere Fruchtfolgen zugunsten des Marktfruchtanteils uvm.) sowie Rationalisierungsschritten (steigender Energieverbrauch, Substitution von Arbeit durch Maschinen, Defizite in der Haltung von Bio-Tieren) und gehen damit – zeitversetzt und meist noch auf einem niedrigeren Niveau – in eine ähnliche Richtung wie in der konventionellen Landwirtschaft. Konzentrationsprozesse vor allem in der Biogeflügelhaltung sind eine weitere Folge.

Biorichtlinien

Begünstigt werden diese Entwicklungen auch durch die teilweise „weichen“ Bio-Produktionsrichtlinien mit vielen Ausnahmeregelungen (weit verbreitete Anbindehaltung bei Rindern, nur bedingte Weidehaltung) und die umfangreichen Positivlisten (Betriebsmittel, Zusatzstoffe in der Verarbeitung). Ein weiterer Grund ist auch die mangelnde Selbstverantwortung mancher AkteurInnen sowohl in der Produktion als auch in der Verarbeitung und Vermarktung, die das System/Modell Biolandbau in seiner umfassenden Dimension nicht leben und unter Ausreizung der

Richtlinien vorwiegend Profitmaximierung betreiben. Wesentlich zu diesen Entwicklungen beigetragen haben aber auch die Agrarpolitik, die den Biolandbau neben der Berglandwirtschaft immer noch als ökologisches Feigenblatt benutzt (Primat der EU-weit wettbewerbsfähigen Betriebe), die Bio-Interessensvertretung (Fokus auf quantitatives statt qualitatives Wachstum) sowie Teile der Beratung, die Förderungsoptimierung forcieren.

Bioqualität

In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, dass Konventionalisierungsentwicklungen im Biolandbau, sowohl auf Ebene der Produktion, als auch in der Verarbeitung und Vermarktung unterschiedliche Einflüsse auf die Qualität von Bioprodukten haben kann. Je nach Zielgruppe (BäuerInnen, Verarbeitungsindustrie, Vermarktung und KonsumentInnen) können dabei bestimmte Qualitätsbereiche wie der Gesundheits-, Genuss-, Eignungs- und Gebrauchswert sowie Aspekte des Ökologie- und Kulturwertes negativ beeinflusst werden (Beispiel länger haltbare Biomilch/ESL-Milch). Vor allem der Einsatz von Hochleistungsrasen und -hybriden, die industrielle Verarbeitung der Biorohstoffe, standardisierte konventionelle Qualitätsklassifizierung, der hohe Verarbeitungsgrad und der erhöhte Verpackungs-

und Transportaufwand können zu einer Verminderung der Bioqualität und Verringerung der Angebotsvielfalt führen.

Schließlich haben sich auch die Konsum- und Ernährungsgewohnheiten eines großen Teils der intensiv beworbenen, aber mangelhaft informierten und organisierten Bio-KonsumentInnen nachfragegemäß von Grundelementen der Bioqualität wie Naturbelassenheit, Vielfalt, Reinheit, Regionalität und Saisonalität entfernt.

Modell zur Quantifizierung der Konventionalisierung

Zur Abschätzung von quantitativen Konventionalisierungsrisiken auf betrieblicher Ebene wäre zukünftig ein Bewertungsinstrument notwendig, welches, ähnlich dem Tiergerechtheitsindex oder dem Ökopunkteprogramm Niederösterreich, die Einhaltung zentraler Biowerte und Bioziele misst und gute Voraussetzungen für eine problemorientierte Beratungsarbeit, für die Weiterentwicklung von Biorichtlinien sowie das Monitoring der Entwicklung der Biolandwirtschaft in Österreich bieten würde.

Ausblick

Im Zuge der Transformation des Biosektors, den damit verbundenen Konventionalisierungsentwicklungen sowie der starken Differenzierung des Biomarktes





(Premium- und Massenbio) müssen bezüglich der Zukunft des Biolandbaus auch die positiven Entwicklungen erwähnt werden. Gemeint ist damit keine Rückkehr in die Pionierzeiten der Biobewegung, sondern eine Weiterentwicklung zu einer modernen Biolandwirtschaft, die die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Energiewende und Biodiversitätskrise, aber auch die zentralen Biowerte ernst nimmt, annimmt und mittels längerfristiger Strategien auch umsetzt.

Erneuerungsimpulse zu einer integralen Biopolitik müssen nicht nur von den BiobäuerInnen selbst, sondern von allen AkteurInnen des Biosektors ausgehen. So gehen nicht alle Biobetriebe den Weg der Spezialisierung und Intensivierung, sondern setzen auch auf extensive, biodiversitätsfördernde Produktionsmethoden, Qualitätsproduktion, Diversifizierung des Betriebes oder alternative Vermarktungswege. Zu nennen wäre diesbezüglich die Wiederbelebung alter Nutztierassen und Kulturpflanzen, die unterschiedlichen Modelle von Direkt- und Regionalvermarktung, neue Kooperationsformen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen (CSA, Food-Coops) sowie die Verbesserung von Produktions- und Produkt-

richtlinien durch BiobäuerInnen, Bioverbände und auch Handelsketten. Im Sinn einer substanziellen Weiterentwicklung des Biolandbaus bzw. des Biosektors wäre eine Weiterbildungsoffensive zur Steigerung des Bewusstseins und Wissens über das System Biolandbau sowie dessen Werte und Ziele, mehr Transparenz und echte Information entlang

der Bio-Wertschöpfungsketten sowie eine Umorientierung der Agrarpolitik und Interessensvertretung in Richtung stärkerer Berücksichtigung qualitativer Aspekte des Biowachstums notwendig.

Der Biolandbau stellt nach wie vor die zentrale Strategie zur Realisierung einer nachhaltigen Landwirtschaft dar. In Richtung Konventionalisierung sind aber die Grenzen des Biowachstums schon erreicht bzw. teilweise überschritten, in Richtung echter Nachhaltigkeit im umfassenden Sinn hingegen besteht zweifellos großer Nachholbedarf.

*Dr. Michael Groier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen
michael.groier@berggebiete.at
www.berggebiete.at*

Literatur

Groier, M. (2013): Wie weit darf Bio gehen? Analyse von Konventionalisierungsrisiken im Bereich der biologischen Landwirtschaft Österreichs. FB 69 der BA für Bergbauernfragen. Wien

kurz & bündig

irmi

ALLERNEUESTES VON DER GAP

Mitte Februar präsentierte das Landwirtschaftsministerium den Entwurf zum Programm zur Ländlichen Entwicklung. Obwohl noch keine offiziellen Zahlen für die vorgeschlagenen Maßnahmen vorliegen, verdichten sich Gerüchte, dass das ÖPUL um ca. 100 Millionen Euro pro Jahr gekürzt werden soll. Begründet werden die Kürzungen, deren Höhe freilich nicht bestätigt wird, mit der politischen Einigung mit der SPÖ, Gelder für soziale Dienstleistungen (also Kinderbetreuung, Pflegeeinrichtungen, Jugendprojekte etc.) vorzusehen. Böse Zungen behaupten jedoch, das Geld fließe in die Investitionsförderung und in andere Maßnahmen, die den „wettbewerbsfähigen“ Wachstumsbetrieben nützen sollen. Der Programmwurf lässt befürchten, dass Grünlandbetriebe wesentliche Einschnitte erfahren werden. So wird die erste Stufe der Steiflächenmahd abgeschafft, Almflächen werden in bestimmte Maßnahmen mit eingerechnet, Prämienhöhen reduziert. Die noch nicht bestätigten Bioprämienvorschläge lassen die Biolandwirtschaft schauern. Extreme Bergbauernbetriebe könnten andererseits profitieren, weil die Ausgleichszulage für die Stufen 3 und 4 erhöht werden soll. Auch wenn das letzte Wort sicherlich noch nicht gesprochen ist und alle Beteiligten sich auf intensive Lobby-Wochen einrichten, muss in Summe festgestellt werden, dass der Programmwurf unambitioniert und eventuell sogar darauf ausgerichtet ist, die „VerliererInnen“ der Umgestaltung der ersten Säule zu bedienen.

TTIP: CHLORHÜHNER ÜBERGEBEN PROTESTBRIEF AN EU-CHEFVERHANDLER

Als der Chefverhandler des geplanten EU-USA Freihandelsabkommens (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP), Ignacio Garcia Bercero, im Jänner



Foto: Manuel Zauner

in Wien war, nutzten FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria und Attac die Gelegenheit, um einen Protestbrief zu übergeben. Sie fordern die EU dazu auf, von den Verhandlungen zurückzutreten. Die Kritik der als Chlorhühner verkleideten Aktivist_innen beschränkt sich keinesfalls auf die befürchtete Einfuhr von mit Chlor desinfizierten Hühnerbrüsten, mit Hormonen gefütterten Schweinen oder Genmais in die EU. Der europaweit zirkulierende Protestbrief formuliert breite Kritik an den Inhalten des geplanten Freihandelsabkommens und des Verhandlungsprozesses an sich.

TTIP wird unter nicht akzeptabler Geheimhaltung verhandelt. Zivilgesellschaftlichen Akteur_innen und auch Parlamentarier_innen wird der Zugang zu den Verhandlungsdokumenten weitgehend verwehrt. Die ÖBV kritisiert diese Politik der Geheimhaltung scharf, weil sie demokratischen Prinzipien widerspricht und das Menschenrecht auf politische Teilhabe und Selbstbestimmung missachtet. Bereits über 10.000 Menschen haben seit Mitte Jänner ein Protestmail an die Regierung gesendet und die Offenlegung der Verhandlungsdokumente verlangt.

Die „beratenden Ausschüsse“ der Verhandler sind auf Business-Lobby-Gruppen ausgerichtet. Konzerne haben ihre Wunschlisten bereits deponiert. Die Lebensmittel- und Agroindustrie will Lebensmittelstandards, die aus ihrer Sicht unnötige Handelshemmnisse darstellen, nach unten schrauben. Biotech- und Agrarunternehmen versuchen den EU-Markt für gentechnisch veränderte Lebensmittel zu öffnen und verpflichtende Kennzeichnungsrichtlinien zu umgehen. Das Prinzip der risikobasierten Gefahreinschätzung bei der Zulassung von GMOs soll ebenso „angeglichen“ werden wie Patent- und Haftungsrechte. TTIP öffnet die Türen für Agrar-Exportschlachten zu Dumpingpreisen – auf beiden Seiten des Atlantiks. Nachdem die im Agrarbereich immer noch relativ hohen Zölle abgeschafft werden sollen, wird dies insbesondere die im Vergleich zu den USA kleinstrukturierte EU-Landwirtschaft treffen.

SAATGUT: EUROPAWEITER WIDERSTAND GEGEN SYNGENTAS PATENTPOLITIK

Die EU-Saatgutverordnung, die die Sortenvielfalt und die bäuerlichen Rechte bedroht, ist noch nicht abgewendet, gleichzeitig regt sich Widerstand an einer anderen Front der Auseinandersetzung um die freie Verfügbarkeit von Saatgut. Anfang Februar haben 34 Bauern-, Züchter-Umwelt- und Entwicklungsorganisationen aus 27 Ländern beim Europäischen Patentamt (EPA) Einspruch gegen ein Paprika-Patent von Syngenta erhoben. Der Basler Agrokonzern lässt damit eine Insektenresistenz schützen, die er von einer wilden Paprika kopiert hat.

Der formelle Einspruch richtet sich gegen ein im Mai 2013 vom Europäischen Patentamt (EPA) gewährtes Patent, das Syngenta die exklusiven Rechte auf alle gegen weiße Fliegen resistente Paprika sichert. Patente auf Pflanzen, die auf konventioneller Züchtung beruhen, verstärken die Konzentration im Saatgutmarkt, behin-

dern Innovationen und verhindern Ernährungssouveränität. Im Mai 2012 verabschiedete das Europäische Parlament deshalb eine Resolution, die das EPA auffordert, Produkte aus konventioneller Züchtung nicht mehr zu patentieren. Die Behörde hat diese Aufforderung bislang aber ignoriert: Syngenta ist einer der größten Profiteure dieser politisch nicht legitimierten Praxis.

„Bauern und Bäuerinnen geraten durch Patente auf Pflanzen immer mehr in Abhängigkeit von Saatgutkonzernen, außerdem wird sinnvolle und gemeinnützige Züchtungsarbeit behindert. Das Europäische Patentamt hat sich über die Resolution des Europäischen Parlaments hinweggesetzt und patentiert weiterhin konventionelle Pflanzen. Diese Institution ist demokratisch nicht legitimiert“, so Florian Walter, stellvertretender Obmann der ÖBV-Via Campesina Austria, Biobauer und Saatgutvermehrter in der Steiermark. „Der Kampf für die Saatgutvielfalt erfolgt derzeit an mehreren Fronten. Wir haben sehr viele ParlamentarierInnen und den Umweltausschuss des Europäischen Parlaments davon überzeugt, dass sie eine Zurückweisung der EU-Saatgutverordnung der EU-Kommission unterstützen. Andererseits müssen wir den Kampf gegen die Bio-Patente und gegen Biopiraterie fortsetzen. Wir fordern als ersten Schritt die Widderrufung des Paprika-Patents“, so Walter weiter. Pflanzen und Tiere sollen künftig generell von Patentierungen ausgeschlossen werden, fordert die Koalition, die in München Einspruch erhoben hat und der auch die ÖBV-Via Campesina angehört. Neben der Widderrufung des Paprika-Patents fordern die Organisationen einen politischen Entscheid des EPA-Verwaltungsrats, damit künftig keine Patente auf konventionelle Pflanzen mehr erteilt werden können.

ZUKUNFT IN SÄCKCHEN

Ein persönlicher Essay über den Saatgutmarkt, Züchtungsunternehmen und bäuerliche Paradeiser

VON PHILIPP LAMMER



Während ich am Boden sitzend mein Paprikasaatgut für die kommende Saison sortiere, kommt mir das Thema der nächsten Ausgabe der ÖBV in den Sinn. Zukunft. Die Zukunft der biologischen Landwirtschaft. Ich blicke auf die Saatgutsäckchen, wie sie liebevoll beschriftet, scheinbar leblos vor mir liegen. So viel Zukunft auf so engem Raum. Hier liegt dicht an dicht der Ursprung der Paprikaschoten, die ich im Sommer in meinen Salat schneiden werde. Zukunft in Säckchen portioniert sozusagen. Ein ganzer Haufen verschiedener Paprikasorten breitet sich vor mir aus, und ich versuche zu rekon-

struieren, von wem ich diese Sorten ursprünglich bezogen habe und ob der Haufen ähnlich groß wäre, gäbe es eine Saatgutgesetzgebung, wie sie die EU-Kommission letztes Jahr vorgeschlagen hat. Vermutlich nicht. Vermutlich weniger Zukunft. Zumindest in meinen Säckchen. In den Säcken der Aktionär*innen der Saatgutunternehmen vielleicht ein bisschen mehr. Zumindest Geld.

Aber das ist eigentlich nicht die Geschichte, die ich hier erzählen möchte. Wenn ich an Saatgut und die Zukunft der biologischen Landwirtschaft denke, denke ich vor allem an eine Geschichte. An die Geschichte, wie sich in den

letzten Jahren einige Gärtner*innen gemeinsam mit Vertreter*innen verschiedener Lehr-, Forschungs-, Verbands- und Erhaltungsinstitutionen in einer Arbeitsgruppe zusammengefunden haben, um sich gemeinsam ein Stück Zukunft wieder anzueignen. Die Gruppe gab sich den Namen „Bauernparadeiser“, und darum geht es auch: bunte geschmackvolle Paradeisersorten, die von Bäuer*innen angebaut, getauscht und weiterentwickelt werden. Es handelt sich um eine partizipative¹ Züchtungsinitiative in Österreich, die auch durch ihre Zusammensetzung, Organisationsform und Kommunikationskultur ein sehr neues und besonderes Phänomen hierzulande, und wohl auch über Ländergrenzen hinaus, darstellt. Ich hatte das Vergnügen, die Arbeitsgruppe mit meiner Masterarbeit ein Stück weit begleiten zu können und möchte die Entstehung der Initiative hier in Grundzügen nachzeichnen.

Konzentrationsprozesse

Den Kontext, in dem sich die Gruppe zusammenfand, bildet ein Markt für Gemüsesaatgut, der, wie die Saatgutproduktion im Allgemeinen, von immer weniger, international agierenden Unternehmen dominiert wird. Diese Konzentrationsprozesse gehen einher mit dem Verlust genetischer Vielfalt und behindern den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt, weil der Austausch und die Verfügbarkeit von genetischem Material zunehmend erschwert werden. Genetische Ressourcen, die Basis für jede pflanzenzüchterische Aktivität, akkumulieren sich in den Händen weniger. Auch im biologischen Erwerbstomatenanbau werden heute hauptsächlich Sorten einer Handvoll Züchtungsunternehmen angebaut, wie beispielsweise ein Blick auf die Sortenempfehlungen von Bio Suisse und FiBL² verdeutlicht: Von den 25 für den biologischen Anbau empfohlenen Tomatensorten kommen 52 % von DeRuiter

¹ Unter partizipativer Pflanzenzüchtung versteht man Initiativen, bei denen Züchter*innen gemeinsam mit Bäuer*innen an der Weiterentwicklung von Sorten arbeiten.

² <https://www.fibl.org/fileadmin/documents/shop/1151-biogemuese.pdf> (8.1.2014)

(Monsanto), je 16 % von Rijk Zwaan beziehungsweise Enza, und je 4 % von Syngenta, Clause (Limagrain), Sakata und DSP. Mit Ausnahme der Sorte „Bernier Rose“ (DSP) handelt es sich dabei ausschließlich um Hybridsorten. Erntet man bei einer solchen Sorte Saatgut und baut es in der nächsten Saison wieder an, kommt es zu einer Aufspaltung, wodurch ein uneinheitlicher Pflanzenbestand zu erwarten ist, bei dem einzelne Pflanzen sehr unterschiedliche Wuchseigenschaften und Fruchtqualitäten zeigen. Im Erwerbsanbau bringt dies in den meisten Fällen einen erheblichen wirtschaftlichen Nachteil mit sich, weshalb die meisten Gärtner*innen jedes Jahr von neuem Saatgut vom Markt beziehen. Dass heute von den führenden Unternehmen ausschließlich Hybrid-Tomatensorten entwickelt werden, wird mit einer höheren Leistung dieser Sorten, bedingt durch den sogenannten Heterosiseffekt, argumentiert. Neben dieser biologischen Komponente spielen dabei aber mit Sicherheit auch betriebswirtschaftliche Überlegungen der Züchtungsunternehmen eine wichtige Rolle, denn auf diese Weise gelingt es, die Abhängigkeit der Produzent*innen zu erhöhen und diesen jedes Jahr neues Saatgut zu verkaufen. Über diese biologische Barriere hinaus versuchen die meisten der größeren Züchtungsfirmen den Nachbau ihrer Sorten, sowie die Nutzung durch andere Züchter*innen, zunehmend auch über patentrechtliche Regelungen weiter einzuschränken. Dadurch entstand in Europa eine gewisse Rechtsunsicherheit in diesem Bereich, von der letztendlich wiederum kleinere Unternehmen vergleichsweise stärker betroffen sind. So wird Konzentrationsprozessen am Saatgutmarkt zusätzlich Vorschub geleistet. Ein weiteres, aus Sicht von Bioproduzent*innen problematisches Themenfeld betrifft die in der konventionellen Züchtung angewandten Methoden. Mit den technischen Fortschritten der letzten Jahrzehnte wurde das Methodenspektrum von Pflanzenzüchter*innen immer umfangreicher und schwieriger zu fassen. Dies ist vor allem dann relevant, wenn sich bestimmte Methoden in einem gewissen Graube-

reich befinden, der einen Übergang zur „Gentechnik“ darstellt. Ein populäres Beispiel dafür ist die Diskussion über die Kompatibilität von „CMS-Sorten“, die mittels Protoplastenfusion erzeugt wurden, mit den Prinzipien des Biolandbaus³.

Zuchtziele

Neben der politischen Dimension enthält eine kritische Auseinandersetzung mit dem Markt für Gemüsesaatgut aber auch eine technische Ebene. Mit dem Aufstieg des Konzepts „Supermarkt“ zum dominanten System der Lebensmittelverteilung setzten sich gleichzeitig ganz bestimmte Sortentypen durch, weil Ertrag, Ertragssicherheit, Einheitlichkeit, Lager- und Transportfähigkeit die obersten Zuchtziele in diesem Verteilungssystem darstellen. Gärtner*innen mit davon abweichenden Vermarktungsstrategien, wie beispielsweise Direktvermarkter*innen, stellen zum Teil völlig andere Ansprüche an eine Gemüsesorte. Während hier keine langen Lager- und Transportzeiten überstanden werden müssen, sind herausragende Fruchtqualitäten meist von besonderer Bedeutung. Solche Produzent*innen werden von der konventionellen Züchtung in vielen Fällen vernachlässigt und müssen auf ältere Sorten zurückgreifen, wodurch ihnen die Zuchtfortschritte der letzten Jahrzehnte vorenthalten bleiben. Dies resultiert häufig in deutlich niedrigeren Erträgen und einer verringerten Pflanzengesundheit, was für Produ-

³ <http://www.bio-markt.info/web/Fachwissen/Warenkunde/CMS/72/82/0/14458.html> (8.1.2014)



Foto: Margit Lamm

zent*innen, die auf einem kapitalistischen Markt bestehen müssen, eine große Herausforderung darstellen kann.

Saatgutsoeveränität

Zusammenfassend wird ersichtlich, dass der Saatgutmarkt in seiner derzeitigen Form Charakteristika aufweist, die einer bäuerlichen Forderung nach Saatgutsoeveränität in vielen Punkten widersprechen. Allem voran wird deutlich, dass Produzent*innen mit dem Ziel, ihr eigenes Saatgut zu vermehren, von der heutigen Züchtung weitestgehend ignoriert werden. Auch an geeigneten Sorten für biologische Systeme und den Low-Input-Bereich wird vergleichsweise selten gearbeitet. Darüber hinaus stehen der Verlust und die eingeschränkte Verfügbarkeit von genetischer Diversität, Machtkonzentration und zunehmende Patentierung sowie bioinkompatible Züchtungsmethoden dem Konzept der Ernährungssouveränität im Allgemeinen entgegen. Produzent*innen sehen sich zunehmend mit Widersprüchen konfrontiert, wenn sie Saatgut aus dem klassischen Züchtungssystem beziehen. Es verwundert da-

Foto: Demeterbund



her nicht, dass sich in den letzten Jahren die Stimmen mehren, die eine eigenständige Züchtung für die biologische Landwirtschaft einfordern. In der Tat arbeiten auch immer mehr Menschen konkret an alternativen Ansätzen in der Pflanzenzüchtung, wie beispielsweise die Züchter*innen von Kultursaat⁴ und dem Projekt Saat:gut⁵ in Deutschland oder die zahlreichen Beteiligten in länderübergreifenden EU-Projekten, wie Solibam⁶.

Fragen der Zucht und der Ziele

In diesem Spannungsfeld entstand auch die AG Bauernparadeiser. Ausgehend von der Initiative einiger Gärtner*innen, die auf ihrem Betrieb das eigene Saatgut vermehren und zu einem überwiegenden Teil in der Direktvermarktung tätig sind, fand sich eine Gruppe zusammen, um die Pflege und Weiterentwicklung geeigneter Sorten selbst in die Hand zu nehmen. Nun ist es aber so, dass Pflanzenzüchtung keinesfalls ein einfaches oder kurzfristiges Unterfangen darstellt. Dazu kommt, dass im ver-

gangenen Jahrhundert weitestgehend eine strikte Trennung zwischen dem Anbau von Sorten (Gemüseproduktion) und der Entwicklung von Sorten (Züchtung) stattgefunden hat, wodurch Wissen über Saatgutgewinnung und Sortenentwicklung in den allermeisten Fällen aus dem Produktionsbereich verschwand. Darüber hinaus wurde züchtungsrelevantes Wissen von öffentlichen Unis zunehmend in den privaten Sektor verlagert. Sich heute in einer basisdemokratischen Gruppe mit vielen verschiedenen Akteur*innen mit Züchtung auseinanderzusetzen, bedeutet daher auch wieder einen neuen zeitgemäßen Zugang und Umgang mit dem Produktionsmittel „Genetik“ zu erarbeiten. Durch diesen Prozess treten neue Fragen auf, entstehen neue Diskurse und Herausforderungen.

AnbieterInnen von vielfältigem Saatgut, das auch selbst vermehrt werden kann:

www.arche-noah.at
 www.reinsaat.at
 www.samenfest.at
 www.bingenheimersaatgut.de
 www.culinaris-saatgut.de
 www.dreschfliegel-saatgut.de
 www.sativa-rheinau.ch

4 <http://www.kultursaat.org/geschichte.html> (8.1.2014)

5 http://www.christiansens-biolandhof.de/Saat_gut.cfm (8.1.2014)

6 <http://www.solibam.eu> (8.1.2014)

Welches Saatgut wollen wir? Welche Züchtungsmethoden? Welche Landwirtschaft? Welche Zukunft und welche Gesellschaft wollen wir? Und vor allem: Wie kommen wir dorthin? Aus meiner Sicht ist die AG Bauernparadeiser somit die Übersetzung einer Bewegung für Ernährungssouveränität im Bereich Tomatensaatgut. Sie stellt einen Ansatz dar zur Demokratisierung eines konkreten Teils unseres Lebensmittelsystems. Sie ermöglicht die gemeinsame Rückeroberung von Wissen und Handlungsfähigkeit. Sie eröffnet neue Lösungswege und Kooperationen. Und ... sie macht Spaß.

Zukunft in unseren Händen

Als ich ein Säckchen mit der Aufschrift „Paradeisfruchtiger Paprika aus Sibiu“ in der Hand halte, bin ich plötzlich wieder in meiner Gegenwart zwischen Paprikasaatgutsäckchen und der Datenbank auf meinem Laptop angekommen. Ich öffne das Säckchen, verteile die Samen über meine Handfläche und denke mir: Irgendwie haben wir die Zukunft dann letztendlich doch wieder selbst in der Hand. Dann stelle ich mir vor, wie ich auch noch an einem zukünftigen Wintertag am Boden meines Zimmers sitzen werde, um Zukunft zu sortieren. Mit der Saatgutindustrie hat das dann plötzlich sehr wenig zu tun, mit bäuerlichen Paradeisern aber umso mehr.

*Philipp Lammer
 studierte Agrarwissenschaften und Angewandte
 Pflanzenwissenschaften in Wien.*

Seit 2011 ist er in der Arbeitsgruppe Bauernparadeiser aktiv, in der er sich vor allem mit dauerhaften Resistenzen gegen die Samtfleckenkrankheit beschäftigt. Näheres diesbezüglich kann in der Biogemüsefibel 2014 nachgelesen werden: www.hortigate.de/bericht?nr=59983
philippplammer@gmx.net

PARLAMENTARISCHE BÜRGERINITIATIVE

Im Rahmen der GAP-Reform setzt sich die ÖBV seit Jahren für eine adäquate Förderung der Klein- und Mittelbetriebe insbesondere im Grünland ein. Nachdem die vollmundigen Ankündigungen der zuständigen AgrarpolitikerInnen wenig konkrete Verbesserungen – ja im Gegenteil sogar Verschlechterungen für die betroffenen Betriebe bringen dürften, haben wir uns entschlossen, eine parlamentarische Bürgerinitiative einzureichen.

Hier unten der Text, mit dem wir derzeit Unterschriften sammeln. Alle diejenigen, die unsere Anliegen unterstützen, laden wir ein, die Bürgerinitiative zu unterschreiben – aller Voraussicht nach wird sie spätestens Ende März online auf der Parlaments-Homepage verfügbar sein.

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend Förderung der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe und des extensiven Grünlandes im Rahmen der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

ANLIEGEN: Der Nationalrat wird ersucht, bei der nationalen Umsetzung der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs folgendermaßen zu unterstützen:

1.) Die Vorgaben der EU-Verordnung 1307/2013 erlauben eine Aufschlagzahlung zur Basisprämie auf den ersten Hektaren jedes landwirtschaftlichen Betriebs („Umverteilungszahlung“ oder TOP-UP). Mitgliedsstaaten können mindestens 5 % und maximal 30 % der Mittel der 1. Säule für eine solche Aufschlagzahlung verwenden. Diese Zahlung kann bis zu einer vom Mitgliedsstaat zu definierenden Höhe, aber maximal bis 30 ha gewährt werden.

Die UnterzeichnerInnen fordern den österreichischen Nationalrat auf, diese Umverteilungszahlung nach Artikel 41 der VO 1307/2013 in Österreich umzusetzen und die ersten 20 ha der in Österreich wirtschaftenden Betriebe mit mindestens 100 Euro zusätzlich zu fördern.

Begründung: Die kleinen und mittleren Betriebe sind das Rückgrat der öster-

reichischen Landwirtschaft. 58 % der Betriebe haben laut Grünem Bericht weniger als 20 ha. Obwohl Klein- und Mittelbetriebe als Aushängeschild für die nachhaltige Landbewirtschaftung in Österreich präsentiert werden, sind sie durch höhere Produktionskosten, schwierigere Absatzmärkte und den Konkurrenzdruck seitens flächen- bzw. kapitalstarker größerer Betriebe einem Verdrängungsprozess unterworfen. Angesichts der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Bedeutung der kleinen und mittleren Betriebe liegt es in der Verantwortung des österreichischen Gesetzgebers, den Fortbestand dieser Betriebe zu unterstützen.

2.) Laut EU-Verordnung 1307/2013 Artikel 25 sind die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, bis spätestens 2019 eine einheitliche Basisprämie auszuführen. Im Übergangszeitraum müssen die Anpassungen in gleich großen Schritten vorgenommen werden. Die UnterzeichnerInnen fordern den österreichischen Nationalrat auf, den Übergangszeitraum auf 3 Jahre zu beschränken und spätestens 2017 einheitliche Basisprämien zu gewährleisten.

Begründung: Die Höhe der auf historischen Referenzen basierenden einheitlichen Betriebsprämie, die auch

2014 ausbezahlt wird, differiert enorm zwischen einzelnen Betrieben. Zahlungsansprüche von mehr als 700 Euro pro Hektar stehen Zahlungsansprüche von unter 30 Euro pro Hektar gegenüber. Diese Unterschiede sind fachlich nicht zu begründen und verzerrten den Wettbewerb, insbesondere zulasten der mit unterdurchschnittlichen Zahlungsansprüchen ausgestatteten extensiv wirtschaftenden Grünlandbetriebe. Eine langsame Angleichung bis 2019 würde die Disparitäten künstlich verlängern und die Existenz der betroffenen Betriebe gefährden.

3.) Laut EU-Verordnung 1307/2013, Artikel 24 Ziffer 6 dürfen Mitgliedsstaaten die einheitliche Basisprämie für Grünlandflächen mit einem Reduktionskoeffizienten versehen. In Österreich wird derzeit ein Reduktionskoeffizient von 75 % kolportiert. Die UnterzeichnerInnen fordern den österreichischen Nationalrat auf, den Reduktionskoeffizienten für extensives Grünland auf maximal 25 % zu begrenzen.

Begründung: Extensive Grünlandflächen sind aus ökologischer, landschaftskultureller und ökonomischer (Tourismus!) Sicht ein unverzichtbarer Bestandteil der Landbewirtschaftung in Österreich. Wenn extensive Grünlandflächen auch weniger Ertrag bringen, sind sie dennoch sehr arbeitsintensiv. Eine Reduktion um 75 % im Vergleich zur Basisprämie entspräche weder der Bedeutung noch dem Bewirtschaftungsaufwand von Almen, Hutweiden und anderen extensiven Grünlandflächen.

FOODLINKS – WISSEN & AUSTAUSCH FÜR NACHHALTIGE LEBENSMITTELSYSTEME

Was passiert, wenn man gut 30 Personen – Wissenschaftler_innen, Beamt_innen und Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen – aus verschiedenen EU-Ländern gemeinsam in einem Projekt zu den Themen Wissensaustausch und nachhaltige Lebensmittel arbeiten lässt? Die EU-Kommission wollte das wissen und finanzierte daher das Forschungsprojekt „FOODLINKS – Wissensnetzwerke nutzen, um nachhaltige Lebensmittel zu fördern“. Die ÖBV war als eine von zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen bei diesem Experiment mit dabei.

VON MONIKA THUSWALD



Foto: Foodlinks

Die Projektpartner_innen kamen zum Teil aus sehr verschiedenen Welten: Während – grob vereinfacht – Wissenschaftler_innen nahegelegt wird, möglichst viele Artikel zu veröffentlichen und Stadtverwaltungen viel rechnen müssen, um gesteigerte (Umwelt-)Ansprüche bei immer knapperen Budgets zu erfüllen, sind NGOs es gewohnt, zu politischen Entscheidungen kritisch Stellung zu beziehen und um Gehör für ihre Anliegen zu kämpfen. Vor diesen unterschiedlichen Hintergründen ging es in drei thematischen Arbeitsgruppen erst einmal darum, gemeinsame Aufgaben und Ziele zu finden, sowie sich über den Diskussionsgegenstand zu einigen. Hier zeigten sich schon unterschiedliche Bedürfnisse: Während die einen Definitio-

nen finden wollten, ging es anderen darum, praktische Umsetzungsstrategien zu diskutieren.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der drei Arbeitsgruppen (der sogenannten „Communities of Practise“) waren: Kurzkettenige Lebensmittelversorgung, Öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln und Städtische Ernährungsstrategien.

Während sich die ÖBV schon lange mit kurzketteniger Lebensmittelversorgung in Form von Direktvermarktung beschäftigt, waren die anderen beiden Themen neu für uns, und daher gab es viel zu lernen. Auf die eine oder andere Art wurden in allen drei Arbeitsgruppen interessante Fallbeispiele aus den jeweiligen

Herkunftsländern erhoben, beschrieben, diskutiert und verglichen. So erfuhren wir zum Beispiel, dass in Großbritannien immer mehr Städte damit beginnen, ihr Lebensmittelsystem umfassend zu analysieren und in partizipativen Prozessen Veränderungen anzugehen. Auch bezüglich Essen in öffentlichen Institutionen tut sich dort viel: So wurde zum Beispiel mit dem Fernsehkoch Jamie Oliver als Zugpferd eine sehr erfolgreiche Kampagne für gesünderes Schulessen gestartet. Die Stadtverwaltung in Malmö, Schweden, hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2020 ihr Schulessen zu 100 % auf Bio umzustellen, ohne insgesamt mehr Geld auszugeben. Die lettischen Projektpartner_innen nutzten das FOODLINKS-Projekt, um in der Stadt Tukums gemeinsam mit verschiede-

nen Stakeholdern umfassend über die Lebensmittelversorgung nachzudenken.

In der Arbeitsgruppe für kurzkettenige Lebensmittelversorgung wurde auch über Behinderungen durch Hygieneauflagen diskutiert. Es stellte sich heraus, dass die EU-Hygieneverordnung von nationalen Behörden immer wieder als Ausrede verwendet wird, um z. B. die Schlachtung am Hof, den Verkauf von Rohmilch etc. zu erschweren oder zu verhindern.

Bei den Lebensmittel-Einkäufen der öffentlichen Hand für Schulen, Krankenhäuser, Gefängnisse etc. gibt es in vielen EU-Ländern ein ähnliches Phänomen: Forderungen nach einer regionaleren Versorgung und der Einbeziehung kleinerer Produzent_innen werden mit Hinweis auf die EU-Vergaberichtlinien (Ausschreibungspflicht, das Billigstbieterprinzip und das Verbot der Diskriminierung ausländischer Anbieter_innen) abgewürgt. Einzelne Institutionen zeigen aber, dass es auch innerhalb der bestehenden EU-Gesetzgebung anders geht: Die Lebensmittel für die Schulen in Rom werden z. B. nicht nur nach Preis, sondern auch nach Qualität beurteilt (Bestbieterprinzip), ein Krankenhaus in London sucht den direkten Kontakt zu kleineren und mittleren Produzent_innen. In Wien gibt es Beispiele in beide Richtungen: Die Wiener Pensionistenheime bemühen sich um Kooperation mit regionalen Produzent_innen und kochen alles frisch vor Ort. Im Gegensatz dazu werden die Kindergärten der Stadt Wien von großen Cateringfirmen beliefert, und der Wiener Krankenanstaltenverbund plant, weitere Krankenhausküchen zu schließen und das Kochen ebenfalls zum Cateringriesen Gourmet auszulagern.

All diese Beispiele zeigen, dass neben den Staaten auch Bundesländer und Gemeinden viele Möglichkeiten hätten, ihr Lebensmittelsystem sozial gerechter, ökologischer, gesünder und der Regionalwirtschaft zuträglicher zu gestalten. Städte könnten zur Förderung von regionaler Lebensmittelversorgung kommunale Schlachträume, Verarbeitungs- und Lagerräume einrichten, über die Raumplanung die Pri-

vilegien und Macht der Supermärkte einschränken, Flächen für urbane Landwirtschaft und Gärten zur Verfügung stellen etc. Die positiven Auswirkungen solcher Maßnahmen wären vielfältig: Wenn es um Ernährung geht, hängen Regionalwirtschaft, Gesundheit, Ökologie, soziale Gerechtigkeit und Demokratie oft sehr eng zusammen. Daher ist es wichtig, gemeinsam über diese Themen nachzudenken und diese nicht nur in verschiedenen Magistratsabteilungen getrennt voneinander zu behandeln. Was es für Veränderungen braucht, sind Entscheidungsträger_innen in Politik und Verwaltung, die nicht nur den bequemsten Weg gehen, die den vorseilenden Gehorsam gegenüber gesetzlichen Auflagen ablegen und sich von Druck und Verlockungen großer Firmen emanzipieren. Weiters braucht es eine kritische, aktive Bevölkerung, die all das einfordert und mitgestaltet.

Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen

In dieser Hinsicht macht es Sinn, dass sich Wissenschaftler_innen, Verwaltungsbeamten_innen sowie NGOs im Rahmen eines EU-Projektes gemeinsam über nachhaltige Lebensmittel Gedanken machen. Aber – geht es bei einer solchen Zusammenarbeit nicht eigentlich um viel mehr, als nur um Wissensaustausch und Kommunikationsstrategien? Viele zivilgesellschaftliche Organisationen oder soziale Bewegungen stehen vor dem Problem, dass Entscheidungsträger_innen in Politik und Verwaltung oft kein Interesse bzw. keine Notwendigkeit haben, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Diese Grundgegebenheit war in der „künstlichen“ Welt eines EU-Projektes weniger spürbar und wurde auch wenig behandelt. Bei den inhaltlichen Diskussionen wurde uns bewusst, wie sehr sich in der Verwaltung (kurzfristige) finanzielle Überlegungen immer mehr vor alle anderen Entscheidungskriterien drängen. Politische

Entscheidungsträger_innen nennen teilweise wissenschaftliche Argumente als wichtigstes Entscheidungskriterium („evidence based policy making“, beweisgestützte Politik, heißt das dann). Das Thematisieren von Werthaltungen gilt als unprofessionell. Dabei wird nicht reflektiert, dass Werthaltungen von Wissenschaftler_innen deren Resultate beeinflussen und dass politische Entscheidungsträger_innen in Wirklichkeit oft nach wissenschaftlichen Ergebnissen suchen, die eine schon vorher gefasste Entscheidung untermauern sollen. Auch beim FOODLINKS-Projekt wurde viel über ökonomische Effizienz und wissenschaftliche Beweise diskutiert – für die Offenlegung und Diskussion von Werthaltungen, für die Reflexion von unterschiedlich verteilter Macht und Ressourcen blieb wenig Raum.

Um ein solches Projekt egalitärer zu gestalten, müssten NGOs und Praktiker_innen schon bei der Projektkonzipierung mit dabei sein, wofür wiederum eine entsprechende Finanzierung nötig wäre. Zahlmäßig müsste das Verhältnis von Vertreter_innen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ausgewogen sein; es bräuchte außerdem ein Budget für Übersetzungen bzw. Dolmetscher_innen, damit auch Gruppen mit weniger Englischkenntnissen einbezogen werden können.

Wer jetzt etwas verwirrt darüber ist, dass es in diesem Artikel gleichzeitig um Werthaltungen, Projektbudgets, wissenschaftliche Beweise, Schulesen, Kommunikation und Hygieneauflagen geht, die der hat die Grundstimmung des FOODLINKS-Projekts gut erfasst. Das Projekt bot viele interessante Informationen, Austausch und Anregungen; aber alltagsrelevante Strategien für die Kooperation und den Wissensaustausch von Verwaltung, Wissenschaft und NGOs zur För-



derung nachhaltiger Lebensmittel standen leider weniger im Zentrum.

Aber es gibt auch Trost: Am Ende des Projekts stellten wir fest, dass die Trennlinien zwischen NGOs, Entscheidungsträger_innen in Politik und Verwaltung und Forscher_innen im „wirklichen Leben“ weniger scharf verlaufen, als dies in der künstlichen Welt eines EU-Projektes suggeriert wird: Auch Wissenschaftler_innen engagieren sich in Vereinen; Politiker_innen sowie NGO-Leute haben wissenschaftliche Ausbildungen, und inhaltliche Differenzen verlaufen nicht immer parallel zu den Grenzen zwischen diesen drei gesellschaftlichen Gruppen. Die ÖBV hat seit ihrer Gründung die Zusammenarbeit mit aufgeschlossenen Politiker_innen und Beamten_innen gesucht und mit ähnlich gesinnten Wissenschaftler_innen kooperiert. Es gab Zeiten, wo das einfacher war als jetzt, aber wir bleiben dran! Wichtig bei der Zusammenarbeit verschiedener Partner_innen ist, dass Unterschiede weder weggeredet noch einzementiert werden und dass es, trotz Willens zum Konsens, Raum für die Austragung von Konflikten gibt. Auch wenn die Ergebnisse nicht ganz einfach fassbar sind, so hat uns das FOODLINKS-Projekt doch neue Einsichten und Kontakte verschafft, auf die wir in unserer Arbeit zurückgreifen können.

Monika Thuswald nahm für die ÖBV am FOODLINKS-Projekt teil

Weiterlesen unter: www.foodlinkscommunity.net
www.viacampesina.at

BÄUERLICHER WIDERSTAND IN MEXIKO

Mexiko ist seit Anfang der 90er Jahre ein weiteres prominentes Beispiel für den verstärkten indigenen Kampf um Land und Rechte, aber auch ein Brennpunkt für den ideologischen Grabenkampf zwischen konträren agrarpolitischen und wirtschaftlichen Weltanschauungen, die nicht nur Mexiko spalten.

VON STEFAN LEMMERER, MAGDALENA AIGNER
UND FRIEDRICH LEITGEB

Mexiko ist ein Hotspot der Artenvielfalt, Herkunftsland vieler landwirtschaftlicher Nutzpflanzen wie Mais, Bohnen und Paprika und Heimat einer Vielzahl indigener Gruppen mit über 60 offiziell anerkannten Sprachen. Es besitzt eine Jahrtausende alte bäuerliche Kultur, welche vielfältige nachhaltige Anbauformen und -methoden wie die Milpa¹ hervorgebracht hat. Dennoch ist Mexiko ein Netto-Nahrungsmittelimporteur. Grund dafür sind komplexe agrarstrukturelle Gegebenheiten und agrarpolitische Entscheidungen, die im letzten Jahrhundert mehrfach einen wirtschaftspolitischen Richtungswechsel bedeutet haben. Nach der Revolution im Jahre 1918 wurde mit Hilfe von Landverteilung versucht, die bestehenden Großgrundbesitzstrukturen aufzubrechen, um den vielen meist indigenen KleinbauernInnen wieder Zugang zu Land zu verschaffen. Land wurde dabei jedoch nicht als Privatbesitz vergeben, sondern an Gemeinden bzw. Gemeinschaften, die das Land gemeinschaftlich bewirtschafteten oder es an die Bewohner zur individuellen Kultivierung verteilten. Es war der Gemeinde jedoch nicht möglich, das Land an Private zu verkaufen oder Besitztitel zu vergeben. Die BewohnerInnen einer Gemeinde konnten und können um ein Stück Land zur Bewirtschaftung oder auch zu anderen Zwecken (z. B. als Bauland) ansuchen und der basisdemokratische „Gemeinderat“ entscheidet über die Bewilligung und kann seine Zustim-

¹ Bei der Anbauform der Milpa wird Mais mit Bohnen und Kürbis in Mischkultur angebaut. Die Bohnen binden Stickstoff und haben den Mais, das wichtigste Grundnahrungsmittel in Mexiko, als Kletterhilfe, der Kürbis bedeckt den Boden und konserviert Feuchtigkeit und schützt vor Erosion.

mung auch an Bedingungen knüpfen. Dieses als „Ejido“ bezeichnete System des kollektiven Landbesitzes fußt auf der alten indigenen Kultur und Lebensweise, der Land als Privatbesitz fremd ist.

Neoliberale Wirtschaftspolitik

Die lange Zeit allein herrschende Partei der Institutionalisierten Revolution (Partido Revolucionario Institucional, PRI) vollführte allerdings ab 1982 im Zuge einer Wirtschafts- und Schuldenkrise einen Schwenk hin zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Diese hatte auf die KleinbauernInnen, aber auch auf andere Klein- und Mittelbetriebe sowie die Arbeiterschicht gravierende Auswirkungen, da unter anderem die Landverteilungen eingestellt und in Vorbereitung auf das Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada die für viele Produkte bestehenden Schutzzölle abgebaut wurden. Für die indigenen KleinbauernInnen war es in der Folge unmöglich, mit den stark geförderten und hochtechnisierten amerikanischen GroßbauernInnen zu konkurrieren. Der Preis für Mais zum Beispiel, das wichtigste Grundnahrungsmittel in Mexiko, fiel zwischenzeitlich um bis zu 70 %. Durch den massiven Preisabfall verarmten viele KleinbauernInnen und waren gezwungen, die Landwirtschaft aufzugeben und in die Städte abzuwandern. Alle diese Umstände gipfelten am 01.01.1994, just dem Tag, an dem Mexiko offiziell dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) beitrug, im weltweit Aufsehen erregenden bewaffneten Aufstand einer Gruppe indigener Kleinbauern aus Chiapas. Die sich in Reverenz an den Revolutionshelden Emiliano Zapata (1879–1919), der nach der Auflösung der Ejidos während der Diktatur von Porfirio Diaz unter dem Motto „Land und Freiheit“ für die Rechte der indigenen Bauern kämpfte, als EZLN, „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung“, benennende und oft als Zapa-

tistas/Zapatisten bezeichnete Gruppe kämpft für die Selbstbestimmung über das eigene Land und die Wahrung ihrer Rechte sowie für eine Agrarpolitik, die die Gegebenheiten und Bedürfnisse der KleinbauernInnen berücksichtigt. Rosset und Martinez-Torres (2012) sprechen in diesem Zusammenhang von einem Kampf um materielle, aber auch immaterielle, Territorien, also gegensätzliche Weltanschauungen: Auf indigener Seite können die vertretenen Werte und angestrebten Ziele mit den beiden Schlagwörtern Agrarökologie und Ernährungssouveränität umschrieben werden, während auf Regierungsseite Neoliberalismus und Ernährungssicherheit die leitenden Konzepte darstellen.

Die EZLN hat es jedoch erfolgreich verstanden, ihre eigenen Ziele auf eine höhere gesellschaftliche Ebene zu heben. Anstatt primär für die persönlichen Anliegen ihrer Mitglieder, in erster Linie indigene KleinbauernInnen, zu kämpfen, wurde ein umfassender gesellschaftlicher Wandel gefordert, wodurch eine breite gesellschaftliche Basis der Akzeptanz und Unterstützung geschaffen wurde. Die EZLN fordert das Recht auf Autonomie als unabdingbare Voraussetzung demokratischer Systeme und spricht sich gegen die zentrale und einheitliche Regierung eines ganzen Landes durch wenige Eliten aus. Dieser Kampf wird von der Überzeugung getragen, dass den Anliegen indigener KleinbauernInnen in einem fairen Gesellschaftssystem Rechnung getragen werden wird.

Der kleinbäuerliche Widerstand ist jedoch keineswegs auf militante Gruppen wie die EZLN² beschränkt, sondern äußert sich in vielfachster Weise in zivilgesellschaftlichen Initiativen und in den täglichen Handlungen und Entscheidungen in den indigenen Gemeinden. Der junge indigene Akademiker Gustavo zum Beispiel beschloss nach Abschluss seines Studiums und erfolgloser Arbeitssuche, wieder in die Heimatgemeinde zurückzukehren, sich in die traditionelle Ge-

² Es ist anzumerken, dass die EZLN seit dem Waffenstillstand und den Verhandlungen mit der Regierung im Jahre 1994 strikt und ausdrücklich auf jegliche Gewaltanwendung verzichtet

meinschaftsstruktur, die mit der Übernahme von Aufgaben und Verpflichtungen verbunden ist, einzugliedern und um ein Stück Land für den Anbau von Mais, Bohnen und Gemüse anzusuchen. Seine Gemeinde knüpft, wie viele andere auch, die Vergabe von Land an die Bedingung der agrarökologischen Bewirtschaftung, also an eine organisch-biologische Landbauweise. Dies steht im Gegensatz zu den staatlichen Entwicklungsprogrammen für die Landwirtschaft, die moderne industrielle Landwirtschaftsmethoden etablieren wollen. Diese wurden und werden jedoch – ohne die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten zu berücksichtigen – den BäuerInnen aufgedrängt und in der Folge auch nicht oder nur halbherzig betreut. Sie konnten so weder die Armut der BäuerInnen verringern noch die intendierte Produktionssteigerung bewirken. Sie führten im Gegenteil zu einer Abwärtsspirale aus Verschuldung, Bodendegradierung und Produktivitätsverlust. Der Kleinbauer Joel Lopez Lopez aus Nochixtlán in Oaxaca zum Beispiel besitzt ein Gewächshaus, das von der Regierung gefördert wurde. Ursprünglich waren sie eine Gruppe von zehn BäuerInnen, die darin gemeinsam Tomaten für den Verkauf anbauten. Aufgrund der steigenden Kosten für Düngemittel und der zunehmenden Bodenverschlechterung stiegen die anderen Gruppenmitglieder nach und nach aus dem Projekt aus und wanderten in die Städte ab oder reduzierten ihre landwirtschaftliche Tätigkeit auf die Selbstversorgung. Joel Lopez Lopez, der das Gewächshaus nun mit seiner Frau und seiner Tochter bewirtschaftet, ist heute Mitglied von CEDICAM (=Centro de Desarrollo Integral Campesino de la Mixteca), einer mixtekischen³ Organisation, die sich für die Verbreitung agrarökologischer Methoden einsetzt.

Die Anwendung traditioneller nachhaltiger Anbauformen oder explizit agrarökologischer Methoden, wie sie auch von vielen anderen indigenen Organisationen als Alternative und Ausweg propagiert werden, stellt eine Notwen-

³ Die Mixteken sind eine indigene Volksgruppe in Mexiko mit eigener Sprache (ca. 450.000 Menschen)

digkeit zur Bodenverbesserung für die längerfristige Aufrechterhaltung der Produktion vieler mexikanischer KleinbäuerInnen dar.

Aufgrund der oft extremen Hanglagen, der Trockenheit und der geringen Bodenmächtigkeit in vielen Regionen Mexikos sind agrarindustrielle Methoden oft mit enormer Bodendegradierung innerhalb kürzester Zeit verbunden und sind langfristig ungeeignet zur Steigerung der Produktion.

Darüber hinaus spielt die Verringerung der Abhängigkeit von externen Inputs auch eine bedeutende Rolle im politischen Kampf für Autonomie. Es gibt vor allem in Chiapas eine Vielzahl an Gemeinden, die sich aufgrund der Distanzierung und Nichtbeachtung der Verträge von San Andres⁴ seitens der Regierung selbst als autonom erklärt haben. Dadurch fehlen zum einen aufgrund des Entzuges sämtlicher öffentlicher Gelder und Dienstleistungen oft ohnehin die finanziellen Ressourcen, um Betriebsmittel einzukaufen. Andererseits ist das Konzept der Ernährungssouveränität, das die ideologische Grundlage und politische Forderung der Indigenen darstellt, untrennbar mit einer ökologischen Landbauweise verbunden. Und nicht zuletzt reduziert der Verzicht auf externe Produkte die möglichen Druckmittel der Regierung auf die sich autonom erklärten Dörfer.

Konfliktthema GMO-Mais

Die gegensätzlichen agrarpolitischen Weltanschauungen kommen auch bei einem weiteren Konfliktthema zum Vorschein: der Legalisierung des Anbaus von genmanipuliertem Mais. Mexiko besitzt eine riesige Vielfalt an verschiedenen Maissorten, die über Jahrhunderte durch bäuerliche Züchtung entstanden und perfekt an die jeweiligen Boden- und Klimabedingungen angepasst sind. Mais ist nicht nur Hauptnahrungsmittel sondern spielt auch eine wichtige Rolle in der Kultur und Religion der indigenen Bevölkerung und hat große spirituelle Bedeutung. Trotz eines derzeit noch bestehenden Verbots wurde bereits kontaminiertes Saatgut in Mexiko gefunden, und die Regierung steht kurz davor, den Anbau von



Foto Markus Kristen: Joel Lopez Lopez

GMO-Mais zu legalisieren, wenn auch vorerst nur zu Versuchszwecken. Viele Organisationen und KleinbäuerInnen fürchten eine Verringerung der Maisvielfalt sowie einen Verlust der Rechte und Autonomie der BäuerInnen und ZüchterInnen, etwa durch Patentierungen und andere Restriktionen in Anbau, Verbreitung und Verkauf. Die Regierung steht jedoch unter dem Druck der Agrarkonzerne und argumentiert mit der Notwendigkeit höherer Erträge zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der mexikanischen (Groß)BäuerInnen.

Bäuerlicher Widerstand

Der bäuerliche Widerstand in seinen vielfältigen Formen versucht im Kleinen wie im Großen hartnäckig dieser Politik entgegenzutreten. Der EZLN, deren Mitglieder vor allem KleinbäuerInnen sind und durch ihren Kampf für Land- und Ernährungssouveränität angetrieben werden, ist es gelungen, über eine radikal demokratische Ausrichtung, die weder auf die Machtergreifung noch die Etablierung einer bestimmten Ideologie abzielt, sondern eine Veränderung der politischen Struktur anstrebt, die der Vielfalt der einzelnen Gesellschaftsgruppen gerecht wird und nicht eine wie auch immer zusammengesetzte Gruppe über andere entscheiden lässt, auch andere Gesellschaftsgruppen zu mobilisieren und ihren Kampf auf eine breite Basis zu stellen.

⁴ Die Verträge von San Andres, unterzeichnet im Februar 1996, sind das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und der EZLN und garantieren Autonomie für indigene Gebiete, die Anerkennung der indigenen Kultur und politische Selbstbestimmung. (Bertagnolli 2011)

UNTER DEN ÄPFELN

Auch viele Initiativen und Organisationen in Europa können in diesem Zusammenhang durchaus von der EZLN lernen: Auch hierzulande besitzen einzelne politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gruppen überdurchschnittlich viel Macht und Entscheidungsgewalt, die sie für Klientelpolitik einsetzen anstatt zum Wohl der Mehrheitsbevölkerung. Der Schluß mit vielfältigen anderen Gruppierungen, die keine agrar- oder auch umweltpolitischen Agenden verfolgen und der gemeinsame Einsatz für Werte und Ideen wie Gerechtigkeit, Demokratie und ein menschenwürdiges Leben für alle, kann viel größere Teile der Bevölkerung mobilisieren und vereinen und so auch zu einer größeren Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Situation und der Gesellschaft als Ganzes beitragen. Die jeweiligen Anliegen und adressierten Probleme, seien sie sozialer, wirtschaftlicher, landwirtschaftlicher oder ökologischer Natur, sind ohnehin weder losgelöst voneinander zu sehen und zu verstehen, noch in der Folge zu lösen. Hier kann der mexikanische bäuerliche Widerstand durchaus als Vorbild und Inspirationsquelle für einen umfassenderen Kampf für den Wandel dienen.

*Stefan Lemmerer, Magdalena Aigner
und Friedrich Leitgeb*

Die Autoren nahmen im Rahmen der „Interdisziplinären Exkursion zur ÖLW“ des Instituts für Ökologischen Landbau (IfÖL) der Universität für Bodenkultur, Wien an einer Reise nach Mexiko in die Bundesstaaten Oaxaca und Chiapas teil. Themenschwerpunkte der Exkursion waren traditionelle bäuerliche Landbewirtschaftung, Kaffeeanbau in Agrolforstsystemen, Zertifizierung und Fair Trade sowie bäuerlicher Widerstand.

Literatur:

Bertagnolli, M. (2011): Die zapatistisch-indigene Bildung und Erziehung als Zivilisationsfrage und politische Antwort – Der indigene Widerstand von der Kolonialisierung bis heute. Diplomarbeit; Universität Innsbruck

Rosset, P. M., and M. E. Martínez-Torres. 2012. Rural social movements and agroecology: context, theory, and process. *Ecology and Society* 17(3): 17.
<http://dx.doi.org/10.5751/ES-05000-170317>

Was kommt Ihnen als erstes in den Sinn, wenn Sie an die Zukunft des Biolandbaus denken? Marktstrategie? Lagerwirtschaft, Datenkette, Aufzeichnungspflicht, Erntelogistik? Wachsende Märkte? Blühende Wiesen? Kühe mit Hörnern, Schweine im Stroh, Hühner beim Würmerfressen? Bienengesumme und Vogelwitzchern in Apfelbäumen? Einkaufsglück?

VON MONIKA GRUBER

Bei den Äpfeln in unserem Keller sind immer wieder auch ein paar ungenießbare dabei. Von außen sehen sie zwar makellos aus, aber innen ist der Hund drin: Sie sind brüchig geworden und braun verfärbt. Und schmecken tun sie auch nicht. Gut, dass es nur wenige sind. Die meisten Äpfel unserer Streuobstbäume lassen sich gut bis ins späte Frühjahr hinein lagern. Und sie munden uns sehr. Ja, giftfrei aufgewachsen – glückliche Kindheit. Sie haben höchstens etwas davon abbekommen, was der Regen auf seinem Weg zwischen Himmel und Erde schlucken musste. Oder was Flugzeuge bei ihrem Verdauungsvorgang ausgeschieden haben.

Ich liebe Äpfel. Und unsere Sprache. Äpfel kommen darin schon seit Urzeiten vor. Bedeutungsschwanger für die Menschheit, auch wenn es vermutlich ein Holzapfel war, der damals Adam und Eva auf die falsche Fährte lockte. Angeblich vertrieb dieser Fall die Menschen aus dem Paradies. Heutzutage empfinden wir es als paradiesisch, wenn wir in einen geschmackvollen Apfel beißen können. Natürlich, echt, unverfälscht. Bio. Ein Apfel, der nach was schmeckt. Nach Leben! Frei von Gift, bestäubt von fleißigen Bienen, umflattert von bunten Schmetterlingen, umflötet von singenden Amseln. Rotwangig gereift in der goldenen Herbstsonne. Sorgfältig von Hand gepflückt – von Menschen voller Herzenswärme und mit unerschütterlichen Idealen für eine bessere Welt.

Der Apfel wohnt in unserer Sprache. Sogar Köperteile des Menschen tragen seinen Namen: der Augapfel und der Adamsapfel. Der Reichsapfel muss symbolisch gleich für ein ganzes Reich herhalten, das sich Herrscher (durch Raubzüge oder Hochzeiten) einverleibten. Der Spruch „für'n Appel und n'Ei“, bedeutet hingegen „spottbillig, fast umsonst“. Diese Wendung

stammt aus vergangenen Zeiten, in der Äpfel und Eier (in normalen Zeiten) auf jedem Bauernhof reichlich vorhanden waren. Man konnte ruhig abgeben, ohne davon arm zu werden.

Heutzutage geraten Obstbauern und -bäuerinnen in Bedrängnis. Viele von ihnen klagen, der Erwerbsanbau von Äpfeln lohnt kaum noch. Der Preisdruck durch die Supermarktketten ist enorm. Den ErzeugerInnen bleiben im besten Fall nur wenige Cent übrig. Und den Einkaufenden bleiben nur wenige Apfelsorten, die es überhaupt ins Supermarktregal schaffen. Dort finden sie höchstens sieben Sorten zur Auswahl! Etwa vierundzwanzig sind im Handel insgesamt erhältlich. Eine vergleichsweise, ja erschreckend winzige Auswahl beim Einkaufen, wenn wir bedenken: Rund dreitausend Sorten haben Mutter Erde und die menschliche Kulturtätigkeit des Züchtens hervorgebracht. Mit Glück können wir davon (noch) etwas in der Nachbarschaft, am Bäuerinnenmarkt oder in den Bioläden der Stadt entdecken.

Kann uns der Bio-Apfel retten? Vor Zertifizierungswahn? Vor mörderischem Preiskampf, fortschreitendem Verlust der Sortenvielfalt, vor seelenlosen Marktstrategien und zunehmender Vereinheitlichung des Geschmacks? Kann der Bio-Apfel uns wieder ins (Geschmacks-)Paradies bringen? – Schließlich hat die Menschheit schon einmal eine entscheidende Wendung genommen durch einen g'schmackigen Apfel.

Ja, was wäre Österreich ohne seine Biobauern und -bäuerinnen? Was wäre Österreich ohne Apfelstrudel! Und ohne „Wege für eine bäuerliche Zukunft“, drehen Sie ganz einfach bestellen können:

bauerliche.zukunft@chello.at

Fax 01 – 958 40 33

Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH

Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG

Heidi Ammerer
5611 Großarl 51
Tel.: 0664-2396224
pfandlinghof@aon.at

VORARLBERG

Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel.: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL

Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

ÖBERÖSTERREICH

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
lisa_hannes_hofer@yahoo.de

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 07663-660
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel.: 07235-71 277 o. 0664-503 90 77
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Josef Wakolbinger
Hundsorf 2, 4084 St. Agatha
Tel.: 07277-8279
sepp.wakolbinger@aon.at

STEIERMARK

Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel.: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

KÄRNTEN

Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel.: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND

Monika Kleinschuster
Neumarkt 117, 7461 Stadtschlaining
Tel.: 03355-2092 bzw. 0688-8211722
monikakleinschuster@aon.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 204, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at



Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Werbt Abos!

Wir haben was davon, ihr habt was davon – alle haben was davon!

Die ÖBV finanziert ihre Tätigkeiten zum überwiegenden Teil durch Subventionen vom Staat. Daneben stellen Mitgliedsbeiträge, Abonnementgebühren und Spenden eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Subventionen sind in den letzten Jahren zurückgegangen, die Kosten aber sind gestiegen. Dies führte bereits im vergangenen Jahr zu einem finanziellen Engpass.

Zur Erfüllung unseres Auftrags, einer tatkräftigen Agraropposition, sind wir mehr denn je auf eure Unterstützung angewiesen. Langfristig ist die beste Strategie für eine politische und finanzielle Unabhängigkeit die Erhöhung der Eigenmittel. Wir bitten euch daher nach euren Möglichkeiten, neue Mitglieder und AbonnentInnen zu werben. Als Dankeschön erhält jede Leserin/jeder Leser für das erste neu geworbene Abo eines der neuen ÖBV-Tücher.

**Mitgliedschaft und/oder Abonnement**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 32,00 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-BäuerInnen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 32,00. Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- Ich möchte ordentliches Mitglied werden
 Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
 Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland)

Name:

Adresse:

Beruf: Tel:

E-mail:

Datum: Unterschrift:

- Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabo zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland) für:

Zustelladresse:

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Tel.: 01-89 29 400, baeuerliche.zukunft@chello.at, www.viacampesina.at

Bankverbindung: Die ERSTE KtoNr. 04234529 BLZ: 20111

ZVR: 510788025

ÖBV-Info/Veranstaltungen II

40 JAHRE UND KEIN BISSCHEN LEISE!

**40. Ordentliche Vollversammlung und
Geburtsfest der
ÖBV-Via Campesina Austria
Sa, 15. März 2014 ab 14:00**

Alter Schlachthof, Dragonerstraße 22, 4600 Wels

Die ÖBV-Via Campesina Austria setzt sich nunmehr seit 40 Jahren für die Interessen von Berg- und Kleinbäuer_innen in ganz Österreich ein. Sie dient als Sprachrohr und entwickelte sich zur „geistigen Heimat“ vieler. Dies will gefeiert werden! Laut, bunt und auch kritisch wollen wir auf unsere widerständige Geschichte zurückblicken, die Gegenwart beleuchten und Prognosen für die Zukunft wagen. Daher laden wir alle Mitglieder, Abonnent_innen, Freund_innen und andere an der ÖBV Interessierte recht herzlich zum gemeinsamen Feiern ein!

14:00 – 17:00 Vollversammlung der ÖBV-Via Campesina Austria

18:00 – 19:30 gemeinsames Essen

19:30 – 21:00 Festprogramm

- Begrüßung
- Grußworte
- Festrede von Dr. Josef Krammer, ehemaliger Leiter Bundesanstalt für Bergbauernfragen: „Die Zukunft des Landes und der ÖBV“.
- Ab 21:00 kulturelles Rahmenprogramm
- Musikalische Umrahmung durch „Urfahrner Aufgeiger“ und später „DJ Tom Waitz“
- Tombola
- Fotoshow
- Künstlerische und andere kreative Einlagen

Betten in der Jugendherberge am Gelände des Alten Schlachthofs vorhanden (15–20 Euro pro Übernachtung inkl. Frühstück, in 2er, 4er und 6er-Zimmern). Bitte so bald wie möglich selbst buchen unter jugendherberge@wels.at oder 07242-23 57 570.

FRAUENARBEITSKREIS DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Treffen

Mo, 31.3. 10:00 – 16:00

Haus der Frau, Volksgartenstraße 18, 4020 Linz
Fahrtkosten und Mittagessen werden von der ÖBV-Via Campesina Austria übernommen.
Infos bei Monika Thuswald unter 01-89 29 400



KOLUMBIEN: WIDERSTAND GEGEN SAATGUT-ZERSTÖRUNG UND FREIHANDELSABKOMMEN

Informations- und Diskussionsveranstaltung

Mo, 24. März, 18:00

BOKU, Simonyhaus HS1,
Peter Jordan Straße 65, 1180 Wien

Im vergangenen Herbst haben Massenproteste die Hauptstadt und weite Teile Kolumbiens blockiert. Sie richten sich gegen die Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit den USA und Saatgutgesetze, die den Bauern verbieten, ihre traditionellen Sorten anzubauen. Mit 9.000 Verhaftungen versucht die Regierung die Proteste gegen Billigimporte von Lebensmitteln zum Schweigen zu bringen. Zur gleichen Zeit steht die EU vor der Entscheidung über ein neues Saatgutgesetz und einem Freihandelsabkommen mit der USA (TTIP). Eine Delegation des kolumbianischen Erhaltungs-Netzwerkes „Samen des Lebens“ berichtet über die Situation in Kolumbien. Referentinnen von Arche Noah und der ÖBV stellen einen Bezug zu aktuellen Geschehnissen in der EU und in Österreich her. Mehr Infos über das Netzwerk in Kolumbien: <http://colombia.redsemillas.org/>

FORUM NYELENI ÖSTERREICH

So, 13. April – Do, 17. April 2014

Im August 2011 fand in Krems/Donau das erste europäische Forum für Ernährungssouveränität statt. 400 Personen aus ganz Europa – engagierte Menschen aus dem Bereichen Landwirtschaft & Lebensmittelverarbeitung, Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit, von Gewerkschaften und von KonsumentInnenvertretungen – überlegten gemeinsam, wie die Produktion, die Verteilung, der Konsum von Essen aussehen muss, damit weder Mensch, noch Tier noch die Umwelt ausgebeutet werden und auch die kommenden Generationen in der Lage sein werden, gutes Essen zu genießen. Seitdem hat sich in Österreich viel bewegt. Immer mehr Menschen werden hellhörig, interessieren sich für die Entstehungsgeschichte ihrer Lebensmittel und für die politischen Rahmenbedingungen, die Produktion, Verteilung und Konsum beeinflussen.

Wir möchten mit einem Forum „Nyeleni Österreich“ diese Menschen zusammenbringen, um an der Umsetzung unserer Vision des „guten Essens für alle“ weiterzuarbeiten.

Nähere Infos zu Ort, Programm, Teilnahme und Mitarbeit unter www.nyelenieurope.net/austria

Weitere ÖBV-Infos Seite 9/ÖBV-Exkursion Seite 11

Wege für eine Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1
A-1090 Wien
+43/1/89 29 400



P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1060 Wien

Bei Unzustellbarkeit zurück an:

ÖBV-Via Campesina Austria

Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien

Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M